



Forschungsstelle Für Umweltpolitik
Environmental Policy Research Centre
Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

FFU-report 01-2007

Forschungsstelle
für Umweltpolitik

Der Transfer einer Innovation

Die tschechisch-deutsche Initiative
zum Dialog über eine Ökologische
Steuerreform in Tschechien

KERSTIN TEWS

ffu

Die dieser Studie zugrunde liegende Untersuchung wurde zum Teil im Rahmen des von der Volkswagen Stiftung finanzierten Forschungsprojektes „Vorreiterpolitik im Klimaschutz“ vorgenommen

Für die wertvollen Hinweise zu diesem Aufsatz möchte ich den beiden Reviewerinnen Rosaria DiNucci und Sybille Tempel herzlich danken!

ISSN 1612-3026
FFU-rep 01-2007

Dr. Kerstin Tews
Research associate an der Forschungsstelle für Umweltpolitik
Freie Universität Berlin
Innestr. 22, D – 14195 Berlin
kerstintews@versanet.de



FORSCHUNGSSTELLE FÜR UMWELTPOLITIK
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Innestr. 22
14195 Berlin

telefon +49-30-838 566 87
fax +49-30-838 566 85
email ffu@zedat.fu-berlin.de
internet <http://web.fu-berlin.de/ffu/>

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Schlüsselakteure des Transfers	3
2.1	Agenda-Setting in der Tschechischen Republik	3
2.2	Der tschechisch-deutsche Austausch zur Klimapolitik und die Etablierung des Dialogprojektes	5
2.3	Zwischenfazit: Zur besonderen Rolle von policy entrepreneurs im Transferprozess	7
3	Was wird transferiert – das deutsche Modell?	9
4	Der Zwang zur Einführung der EU-Mindestenergiesteuer als Bestandteil des <i>acquis communautaire</i> : Fluch oder Segen für das ambitionierte tschechische Projekt Ökosteuerreform?	12
5	Die Mobilisierung einer öffentlichen Unterstützerbasis in Tschechien: erste Ansätze	16
5.1	Umweltbewegung in Tschechien	16
5.2	Zur Problematik der Kommunikation des Vorhabens ÖSR in der tschechischen Öffentlichkeit: Wann und Wie?	17
5.3	Das tschechisch-deutsche Dialogprojekt – einzige Plattform eines gesellschaftlichen Diskurses zur Einführung der ÖSR in Tschechien	21
5.3.1	Charakteristika des Diskursprojektes und deren Lehren	21
5.3.2	Positionen der tschechischen Teilnehmer zur Ökologischen Steuerreform in ihrem Land	32
6	Zusammenfassung	36

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Wahrnehmung der deutschen Ökosteur als Modell?	12
Abb. 2:	Erfahrungen mit dem Thema ÖSR	24
Abb. 3:	Einschätzung der eigenen Kompetenz	24
Abb. 4:	Motivation der tschechischen Teilnehmer: Beruf	25
Abb. 5:	Motivation tschechischer Teilnehmer: persönliches Interesse	25
Abb. 6:	Charakter des Workshops – Einschätzung tschechischer Teilnehmer	27
Abb. 7:	Charakter des Workshops – Einschätzung deutscher Teilnehmer	28
Abb. 8:	Motivation tschechischer Teilnehmer: eigene Erfahrungen vermitteln	29
Abb. 9:	Motivation tschechischer Teilnehmer: mehr Informationen	29
Abb. 10:	Motivation tschechischer Teilnehmer: Kontakte knüpfen	30
Abb. 11:	Wünschbarkeit einer ÖSR in Tschechien	33
Abb. 12:	Einschätzung der Durchsetzbarkeit der ÖSR in Tschechien	33

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Differenzierte Stromsteuer nach Energieträgereinsatz (in Kč/KWh)	14
Tab. 2:	Projektplan und Zielgruppe	22

Abstract

Politische Dialoge sind eine Form des Transfers von politischen Konzepten, Ideen und Überzeugungen. Die Untersuchung eines solchen bilateralen Dialogprozesses in seinen Entstehungsbedingungen und spezifischen Charakteristika bildet den Kern der vorliegenden Studie.

Die tschechisch-deutsche Initiative für einen Dialog über eine Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik wurde als Pilotprojekt mit dem Anspruch entwickelt, als Mustervorhaben für eine weitere Anwendung bei Vorbereitungen der ökologischen Steuerreform in Ländern Mittel- und Osteuropas Verwendung zu finden.

Vor diesem Hintergrund ist diese Begleitstudie durch die Fragestellung motiviert, wie ein solcher Dialogprozess gestalten werden muss, um auf kommunikativen Wege zu erreichen, dass politische Konzepte, die in einem fremden Kontext entwickelt wurden, von den potenziellen Importeuren für politisch wünschbar und übertragbar gehalten werden.

Um diese Frage zu beantworten, fokussiert die Studie zunächst auf die Schlüsselakteure des Transfers (WER), fragt nach dem Objekt des Transfers (WAS) und thematisiert dann das „WIE“ eines solchen Transfers politische Inhalte.

Kernthese der hier vorgelegten Analyse ist, dass Erfahrungen anderer Länder nur dann einen wie auch immer gearteten Input haben werden, wenn die Bedingungen im potenziellen Übernehmerland in den Kommunikationsprozess integriert sind. Was wie eine Binsenweisheit klingen mag, erfordert jedoch ein hohes Maß an konzeptioneller Aufmerksamkeit und kritischer Überprüfung der Übertragbarkeit von Argumenten und Überzeugungen. Dies stellt eine zentrale Anforderung insbesondere an bilaterale politischen Dialogen dar, in denen „good practice“ vermittelt werden soll. Hegemonie zu vermeiden, wird zum Kriterium des Unterschieds zwischen „Lernen“ und „belehrt werden“.

1 Einleitung

Seit Jahren befasst sich ein mittlerweile stark ausdifferenzierter Bereich der Politikwissenschaft mit den Voraussetzungen des Politiklernens im Raum: Liegen die Bedingungen, die dazu führen, dass ein Politikinstrument im Ausland eingeführt wurde und dort erfolgreich ist, im Inland vor bzw. können diese Bedingungen politisch kreiert werden und welche Modifikationen am Instrument sind erforderlich? Um diese Frage zu beantworten, untersucht die Policy-Transferforschung die Schlüsselakteure des Transfers (WER), fragt nach dem Objekt des Transfers (WAS) und thematisiert das „WIE“ eines solchen Politiktransfers.

Freiwillige Transferprozesse politischer Inhalte finden häufig ungesteuert, auf interpersonaler bzw. auf der Ebene von Arbeitstreffen statt. Für Politologen ist es daher oft schwierig, derartige Untersuchungsgegenstände unmittelbar zu beobachten, so dass Transferanalysen häufig nur ex post durchgeführt werden können.

Im Gegensatz dazu bot die hier untersuchte bilaterale Initiative die einmalige Chance, unmittelbar zu untersuchen, wie politische Erfahrungen, sowie Überzeugungen und Argumente transferiert werden und welche Probleme dabei auftauchen können.

Gegenstand dieser Studie ist also kein abgeschlossener Politiktransfer, sondern die Rahmenbedingungen eines möglichen Transfers und die Art und Weise der bilateralen Kommunikation ausländischer Erfahrungen, die mit dem Ziel initiiert wurde, für den geplanten Import des Ökosteuernkonzeptes nach Tschechien eine gesellschaftliche Unterstützerbasis zu schaffen.

Nach ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 verfolgte die damalige Koalitionsregierung der Tschechischen Republik (Sozial- und Christdemokraten) verschiedene umweltpolitische Projekte mit Vorrang. Dazu gehören, wie in der Koalitionserklärung vereinbart, ein Gesetz zur Förderung der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen und die Vorbereitung einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform (ÖSR). Der damalige tschechische Umweltminister Libor Ambrozek hat im September 2002 Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Schreiben die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit in diesen beiden Bereichen angeboten.

Die „Tschechisch-deutsche Initiative für einen Dialog über eine Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik“ soll mit Akteuren aus Politik und Verwaltung, Medien, Wissenschaft, Industrie und Gewerbe sowie Gewerkschaften und Verbänden einen Dialog über eine ÖSR anstoßen und organisieren. Dazu wurde eine Serie von Workshops für tschechische Multiplikatoren mit deutschen Fachleuten über die Erfahrung im Vorfeld, bei der Umsetzung als auch in der gegenwärtigen Handhabung der

ÖSR durchgeführt. Diese Veranstaltungen sollten parallel zum Diskussions- und Entscheidungsprozess in Tschechien stattfinden, um eine gesellschaftliche Basis zu schaffen, die das Vorhaben unterstützen kann. Ursprünglich plante die tschechische Regierung für Ende 2004 die Einigung im Kabinett auf ein ÖSR-Gesetz, das bis Juni 2005 vom tschechischen Parlament verabschiedet werden sollte. Der politische Einigungsprozess wurde in der anvisierten Legislaturperiode allerdings nicht abgeschlossen aufgrund einer Reihe von Verzögerungen, auf die im Text eingegangen wird.

Im Zeitraum von Februar 2003 bis April 2006 fanden 12 Workshops in Prag statt. Die Workshops wurden begleitend beobachtet und schriftlich dokumentiert. Die Begleitstudie war durch die Frage motiviert, wie ein solcher Dialogprozess gestaltet werden muss, um auf kommunikativen Wege zu erreichen, dass politische Konzepte, die in einem fremden Kontext entwickelt wurden, von den potenziellen Importeuren für politisch wünschbar und übertragbar gehalten werden. Die Studie war explorativ angelegt. Die Teilnehmer der Workshops sind mit mithilfe eines standardisierten Fragebogens nach Abschluss der jeweiligen Workshops befragt worden.¹ Dieser gibt Aufschluss über die Motive ihrer Teilnahme, ihre Einstellungen über die Wunsch- und Machbarkeit einer ÖSR in ihrem Land, aber auch über ihre Einschätzungen des Workshopcharakters. 128 Fragebögen wurden insgesamt ausgefüllt. Davon 106 von tschechischen Teilnehmern und 22 von deutschen Teilnehmern.

Darüber hinaus sind qualitative Interviews mit Initiatoren des Transferprojektes geführt worden: u.a. mit dem deutschen Vertreter aus dem Bundesumweltministerium und Ökosteuerexperten Kai Schlegelmilch und dem tschechischen Berater des Umweltministers in Sachen Energie- und Klimapolitik, Dr. Martin Bursik.

Dieser Aufsatz ist entlang der folgenden Thesen strukturiert, die bereits die wesentlichen Ergebnisse der Fallstudie zusammenfassen.

1. Der Export dieser politischen Innovation ist keine strategische Wahlhandlung nationaler Regierungsakteure. Staatliche Akteure und Institutionen können Transfers durch die Bereitstellung von Ressourcen für die „Agents of Transfer“ jedoch unterstützen. Initiiert und getragen werden freiwillige Politiktransfers hauptsächlich durch Individuen (policy entrepreneurs). Entscheidend sind deren Einflusspotenzial und Netzwerkbeziehungen.

¹ Von den zwölf Workshops sind elf von mir protokolliert worden. Für zehn gibt es eine Auswertung der Fragebögen. Leider konnten zu den zwei Workshops mit den NGOs keine Fragebögen ausgewertet werden. Während der erste im Februar 2002 selbst noch ein Pilotvorhaben war, das vor dem eigentlichen Diskursprojekt startete, ein Fragebogen noch nicht entwickelt war, war meine Teilnahme am zweiten WS mit NGOs im Oktober 2005 nicht möglich. Für den ersten Workshop existiert jedoch ein Diskussionsprotokoll. Darüber hinaus nahmen an allen Workshops auch Vertreter von NGOs teil.

2. Der Import des Ökosteuerkonzeptes nach Tschechien ist zwar durch politische Eliten (Regierungsvertreter) offiziell initiiert worden. Im Hintergrund waren jedoch Engagement und Einflusspotenzial von individuellen „policy entrepreneurs“ von ausschlaggebender Bedeutung.
3. Beim Transfer der Politikinnovation ÖSR nach Tschechien sind zwei unterschiedliche Transfertypen wirksam: Einerseits der freiwillige Transfer und das Lernen aus „best practice“ von Nachbarstaaten, andererseits der durch die Übernahme des *acquis communautaire* erzwungene Transfer von EU-Mindestenergiesteuern. Letztere hatte die EU nach 12jähriger Debatte um eine gemeinsame Energie/CO₂-Steuer als kleinsten gemeinsamen Nenner im Oktober 2003 verabschiedet – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa. Aufgrund der beiden Transfertypen sind sowohl Verstärkungen der Bemühungen der Unterstützer des Konzeptes einer ÖSR in Tschechien denkbar als auch ein Unterminieren ambitionierter Politikgestaltung durch die schlichte Erfüllung von „Hausaufgaben“.
4. Das Diskursprojekt zeigte gesellschaftliche Haltungen zur Ökosteuer einer zumindest interessierten Öffentlichkeit in Tschechien. Die tschechischen Teilnehmer des Workshops waren in ihrer Stellung als Multiplikatoren eingeladen: – ihre Haltungen spiegeln damit ein Bild, welche gesellschaftliche Unterstützung in Tschechien zu erwarten ist bzw. welche Anstrengungen nötig sind, diese Unterstützung zu mobilisieren.
5. Der Transfer von Erfahrungen ist voraussetzungsvoll. Damit Erfahrungen anderer Länder einen wie auch immer gearteten Input haben, sind in starkem Maße Reflexionen über die Bedingungen im potenziellen Übernehmerland in den Kommunikationsprozess zu integrieren.

2 Schlüsselakteure des Transfers

2.1 Agenda-Setting in der Tschechischen Republik

Im Sommer 2002 wurde die Einführung einer ökologischen Steuerreform verbindlich auf die politische Tagesordnung der neuen tschechischen Regierung gesetzt. Sowohl in der Koalitionserklärung der tschechischen Sozialdemokratischen und der Christdemokratischen Partei als auch in der Regierungserklärung findet sich die Erklärung für die Einführung einer aufkommensneutralen Steuerreform. Dies war der politische Durchbruch bereits früherer Bemühungen, das Thema auf der politischen Agenda zu platzieren. Im Programm der Civic Movement von 1992 wurde eine ökologische Steuerreform erstmals durch eine politische Partei vertreten. Die Partei kam aufgrund der 5-Prozent-Klausel nicht ins Parlament. Im Jahre 2000 fand die Idee erneut Eingang in

ein Parteiprogramm – in das Programm der Christdemokraten (KDU-ČSL). Der Umweltteil beider Parteiprogramme wurde von Martin Bursik, dem ehemaligen Umweltminister in der Expertenregierung² von 1997/98 und aktuellem Umweltminister der seit Januar 2007 amtierenden Regierung, geschrieben (Martin Bursik [M.B.] im Interview vom 16.01. 2004).

Im selben Jahr gab es den ersten Versuch, die ökologische Steuerreform auf der politischen Agenda zu platzieren. In einem gemeinsamen Vorschlag des Umwelt- und des Finanzministeriums wurde für eine Ökologisierung des Steuersystems plädiert. Nach Einschätzung von Martin Bursik bestand das Hauptproblem im Fehlen eines gesellschaftlichen Netzwerkes, diese Reform zu unterstützen, was letztlich auch zum Scheitern des Vorstoßes führte (M.B. im Interview 16. 01. 2004).

Mit dem Sieg der Koalition aus Sozialdemokraten (ČSSD) und Christdemokraten (KDU-ČSL) im Jahre 2002 fanden diese Anstrengungen ihren ersten politischen Durchbruch. Auch hier hatte Martin Bursik den ökologischen Teil der Regierungserklärung verfasst und die ökologische Steuerreform integriert (M.B. im Interview). In der später veröffentlichten offiziellen Version fand sich der Part zur ökologischen Steuerreform unter dem Abschnitt „Reform der öffentlichen Finanzen“, nicht mehr im Umweltabschnitt.

Die ökologische Steuerreform wurde vom damaligen Umweltminister Ambrozek (KDU-ČSL) persönlich unterstützt, wie auch „by declaration“ (M.B.) von der gesamten Regierung. Sie gehörte von nun an zu den fünf Prioritäten des Umweltministeriums. Die ökologische Steuerreform wurde in den legislativen Plan der Regierung aufgenommen. Anvisiert war, bis zum Ende der Legislaturperiode 2006 die Steuer im Parlament zu verabschieden (in dem die Koalitionsregierung mit nur einer Stimme die Mehrheit besaß). Es wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, in die Vertreter der verschiedenen Ministerien, Vertreter von NGOs, Gewerkschaften und der Industrie nominiert wurden. Darüber hinaus ist eine externe Expertengruppe berufen worden (per Ausschreibung des Umweltministeriums), die das Konzept der tschechischen ÖSR und die detaillierte Modellierung ihrer Konsequenzen für Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit, Energieverbrauch und industrielle Restrukturierung für die Regierung erarbeitete. Ihr gehörten Wissenschaftler des Zentrums für Umwelt und der ökonomischen Fakultät der Prager Karlsuniversität sowie des CERGE-Instituts an. Martin Bursik, als Berater des Umweltministers in Klima- und Energiefragen, arbeitete direkt mit dieser Expertengruppe zusammen.

2 Nach dem Zusammenbruch der ODS-geführten Koalitionsregierung unter Vaclav Klaus Ende 1997 übernahm eine Expertenregierung die Amtsgeschäfte bis zu den nächsten Wahlen im Juni 1998. Diese Expertenregierung war keiner Partei verpflichtet (vgl. Fagin 2000).

2.2 Der tschechisch-deutsche Austausch zur Klimapolitik und die Etablierung des Dialogprojektes

Der gegenwärtige deutsch-tschechische Wissenstransfer im Klima- und Energiebereich geht auf die bilaterale Zusammenarbeit zur Bewältigung grenzüberschreitender Probleme der Luftverschmutzung und des Wassermanagements, insbesondere im so genannten „Schwarzen Dreieck“, zurück. Im Jahre 1999 wurde eine bilaterale interministerielle Arbeitsgruppe „Energie und Umwelt“ etabliert. Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig, um Themen wie Klimaschutz, erneuerbare Energien und seit geraumer Zeit – auf Initiative von Martin Bursik (M.B. Im Interview vom 16.01. 2004) – auch die ökologische Steuerreform zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Neben diesen formellen Treffen, schätzt Bursik gerade die informelle Seite dieser bilateralen Zusammenarbeit, die sich aus der Institutionalisierung ergeben hat:

„...lets say Jürgen Trittin once said that your EEG law is a very good export article – but in reality it worked that we received this law, we translated it, we had access to the author, we can discuss the attitudes of the Germans and then when we prepare draft of our law we went to Germany and we discussed it... So, I mean the co-operation is very flexible, and let's say, that if I decided to consult some principles with someone from the German ministry next week, I call him, and they will very probably arrange it...“ (M.B. im Interview vom 16.01. 2004).

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurde die Unterstützung der tschechischen Bemühungen zur Einführung einer ökologischen Steuerreform zugesagt: Aus dem Protokoll der Sitzung der deutsch-tschechischen Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ in Prag am 29.11.2002:

„Neben der Organisation eines intensiven Erfahrungsaustauschs und Wissenstransfers wurden der tschechischen Seite unmittelbare Beratungsleistungen und Rücksprachemöglichkeiten der betreffenden Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums zugesagt. [...] Die Unterstützung von deutscher Seite wird im Vorfeld dringend benötigt. Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, dass die Erfahrungen und Erkenntnisse der ÖSR in Deutschland akteurgruppenspezifisch vermittelt werden. Hierzu sollen Workshops für die folgenden fünf gesellschaftlich relevanten Gruppen stattfinden: Nicht-Regierungsorganisationen, Experten aus der Wissenschaft, Verbraucherverbände, Gewerkschaften und Unternehmen. ... Von deutscher Seite wurde zugesagt, die Finanzierungsmöglichkeit der Workshops zu prüfen. Der erste Workshop mit den NGO soll im Januar, der letzte Workshop mit den Unternehmen im Juni 2003 stattfinden.“

Der Arbeitsgruppensitzung ging ein Briefwechsel der Minister Jürgen Trittin und Libor Ambrozek zur verstärkten deutsch-tschechischen Zusammenarbeit bei den beiden umweltpolitisch zentralen Reformvorhaben der Ökologischen Steuerreform und eines

Gesetzes zu den erneuerbaren Energien voraus. Aus dem Brief von Minister Ambrozek an Minister Trittin:

„Ich möchte Sie kurz über aktuelle Entwicklungen im umweltpolitischen Bereich in der Tschechischen Republik informieren und Ihnen dabei eine Zusammenarbeit anbieten und Sie zugleich um Zusammenarbeit bitten. [...] Ein Bestandteil dieser Programmklärung [der neuen Koalitionsregierung] sind zwei Umweltschutzthemen, mit denen Sie sehr reiche Erfahrungen haben und bei denen ich jede Form der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik für sehr anregend hielt. Erstens hat sich die Regierung der Tschechischen Republik verpflichtet, unverzüglich mit den Arbeiten an einer ökologischen Steuerreform zu beginnen, [...] Zweitens hat sich die Regierung verpflichtet, ein selbständiges Gesetz zur Förderung der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen vorzulegen. Im Umweltministerium beschäftigt sich eine nicht allzu große Arbeitsgruppe in der Wirtschaftsabteilung des Ministeriums unter der Leitung von Herrn Dipl.-ing. Miroslav Hájek, PhD mit diesen beiden Themen. Ich bereite eine personelle Stärkung dieses Teams vor und habe auch meinen Vorgänger, Herrn Dr. Martin Bursík, der das Ministeramt im Jahr 1998 bekleidet hatte, gebeten, nunmehr von der Position meines Beraters für den Bereich Energiewirtschaft und Umwelt zur Koordinierung der Arbeiten in den angeführten Bereichen beizutragen.

Das Thema der ökologischen Steuerreform ist im Umweltministerium nicht neu. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Umweltministerium der Tschechischen Republik wurde bereits angeknüpft. Ein Informationsaustausch zwischen beiden Ministerien, d.h. zwischen den Mitarbeitern der Wirtschaftsabteilung des Umweltministeriums der Tschechischen Republik und Fachleuten Ihres Ministeriums findet regelmäßig statt. Daneben wurde das Projekt „Tschechisch-Deutsche Initiative für den Dialog über die ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik“ vorbereitet, dessen Autoren Dr. Lutz Mez von der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und Dr. Martin Bursík von der Firma Ecoconsulting sind. Die Autoren haben bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Fördergelder beantragt, das Projekt wurde nichtsdestoweniger im vergangenen Jahr nicht unterstützt – wahrscheinlich aus finanziellen Gründen und mit Rücksicht auf die Tatsache, dass dieses Thema zu jener Zeit keine Priorität der tschechischen Regierung darstellte.

Falls Sie an einer Stärkung unserer Zusammenarbeit, an der mir sehr gelegen ist, interessiert sind, bietet sich die Möglichkeit an, Treffen, Seminare und Arbeitstagungen im Rahmen des modifizierten Projektes zu veranstalten und dieses Projektes ggf. als Musterprojekt für eine weitere Anwendung bei Vorbereitungen der ökologischen Steuerreform in Ländern Mittel- und Osteuropas, speziell in Polen und später auch in Russland, zu verwenden.“

Im Antwortschreiben von Minister Trittin wurde die Unterstützung beider Reformvorhaben im Rahmen der bilateralen Möglichkeiten zugesagt.

Der formellen Bekräftigung dieser Zusammenarbeit und der Unterstützung des Dialogprojektes ging – wie aus den Schriftstücken ersichtlich – das individuelle Engagement von Einzelakteuren, insbesondere Dr. Martin Bursiks sowie Dr. Lutz Mez' von der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin voraus. Darüber hinaus ist Kai Schlegelmilch, damals Energie- und Ökosteuerexperte im deutschen Umweltministerium, maßgeblich daran beteiligt, den Wissenstransfer im Rahmen eines tschechisch-deutschen Dialogprojektes auf der formellen Agenda der bilateralen Zusammenarbeit zu etablieren.

2.3 Zwischenfazit: Zur besonderen Rolle von policy entrepreneurs im Transferprozess

Policy entrepreneurs zeichnen sich durch besondere Fähigkeiten und Ressourcen aus. Dazu gehören

- a. ihre intrinsischen Motivationen und ihre Fertigkeiten, wie sprachliche, soziale, kommunikative und ihre fachliche Kompetenz sowie dauerhafte und in sich konsistente Handlungen, die eigenen Ziele und Überzeugungen durchzusetzen (vgl. u.a. Kingdon 2003:181).
- b. Darüber hinaus ist ihre institutionelle Position bzw. ihr Zugang zu institutionellen Ressourcen von entscheidender Bedeutung für ihr Einflusspotenzial auf den Politikprozess.
- c. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass der Transfer von politischen Innovationen über nationale Grenzen hinweg zunächst davon abhängt, ob derartige Politikunternehmer über die Fähigkeit und den Willen zum Aufbau externer Netzwerke verfügen. Politiklernen hängt somit von der „strength of weak ties“ (Granovetter 1973) ab. Politische Unternehmer, die über die Fähigkeit als „networkbroker“ verfügen, haben regelmäßigen E-Mail-Kontakt mit Kollegen und Verbündeten im Ausland, besuchen Workshops und Konferenzen, zeigen eine hohe Reisebereitschaft, um Ideen zu verbreiten bzw. gute Ideen und politische Ansätze zu finden.

Tatsächlich lassen sich in dem Prozess des Transfers des Know-hows zur politischen Innovation Ökologische Steuerreform nach Tschechien drei derartige Schlüsselakteure identifizieren: Dr. Martin Bursik, Kai Schlegelmilch und Dr. Lutz Mez.

Alle drei beschäftigen sich seit Jahren und Jahrzehnten mit Energie- und Klimapolitik im Allgemeinen sowie mit Fragen der ökologischen Steuerreform im Besonderen. Dr. Martin Bursik engagierte sich als energie- und umweltpolitischer Berater tschechi-

scher Parteien sowie der Koalitionsregierung. Kai Schlegelmilch ist seit Jahren nicht nur beruflich sondern auch privat engagiert, die Idee der ökologischen Steuerreform zu verbreiten. Er ist stellvertretender Vorsitzender des deutschen „Förderverein ökologische Steuerreform“ einer nichtstaatlichen Organisation, die sich 1994 gründete, um die Ökosteuern in Deutschland zu unterstützen und sich nun als Mitglied eines transnationalen Netzwerkes der Verbreitung der Idee einer umfassenden ökologischen Finanzreform verschrieben hat. Lutz Mez ist Mitbegründer und Geschäftsführer der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin. Er koordiniert die Arbeiten im Bereich der Forschungen und wissenschaftlichen Beratungen in Energie- und Klimabereich.

Kai Schlegelmilch verfügte qua Amtes über gewisse institutionelle Ressourcen, seine Überzeugungen zu vertreten. Als Referent der Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie, Klimaschutzprogramm der Bundesregierung“ im BMU besaß er ein eigenes Budget für Dienstreisen. Auf die Frage, wie viel seiner Arbeit Mandat und wie viel er selbst sei, antwortete er, dass sein Arbeitsauftrag im Bereich der EU-Harmonisierung zu Energiesteuern läge, dafür hätte er ein Reisebudget. Er denke, dass seine Reisen, um die Idee der Ökosteuern und die deutschen Erfahrungen zu verbreiten, damit durchaus durch das Mandat gedeckt seien. Insbesondere durch das persönliche Engagement über die „informelle Schiene“ – den direkten Kontakt zu Amtskollegen und transnationalen nichtstaatlichen Netzwerken – würde sich mehr bewegen lassen, als auf formellen Wege. Für diese „informelle Schiene“ könne er aber seine institutionellen Ressourcen und das „unheimliche Wissensmonopol“ im Umweltministerium nutzen (Kai Schlegelmilch im Interview vom 6. 11. 2003). Dr. Martin Bursik verfügte als Berater des tschechischen Umweltministers in Energie- und Klimafragen auch über ein gewisses Maß an institutionellen Ressourcen, Überzeugungen in die interministerielle Gremienarbeit sowie in politische Dokumente der tschechischen Regierung einfließen zu lassen. Wichtige Ressourcen, in Form von Wissen und Kontakten, aber auch persönlicher Reputation hatte er darüber hinaus in seiner – wenn auch kurzen – Amtszeit als tschechischer Umweltminister der Expertenregierung erworben. Im Herbst 2005 ist er darüber hinaus zum Vorsitzenden der tschechischen Grünen Partei gewählt worden, deren politische und gesellschaftliche Stellung zu optimieren ihm aufgrund eben dieser Reputation gelungen ist. Seit Januar 2007 bekleidet er das Amt des Umweltministers in der Dreierkoalition aus Bürgerdemokraten, Christdemokraten und Grünen. Dr. Lutz Mez ist als Energie- und Klimaexperte der FFU eine feste Adresse in der deutschen Energiepolitikberatung. Durch seine Beratertätigkeit hat Mez vielfältige informelle Kontakte zu Entscheidungsträgern, die ihn zu einem Schnittstellenakteur zwischen Politik und Wissenschaft machen.

Fazit:

Martin Bursik hat einen entscheidenden Anteil daran, dass die tschechische Regierung die Einführung einer ökologischen Steuerreform mit Vorrang verfolgt. Die deutsch-tschechische Zusammenarbeit im Bereich des Wissenstransfer und der deutschen Erfahrungen zur Ökosteuer ist ebenfalls ohne das Wirken von Martin Bursik von tschechischer Seite und Lutz Mez sowie Kai Schlegelmilch von deutscher Seite nicht zu erklären. Sie waren die Initiatoren und Antriebskräfte für die formelle Aufnahme des Wissenstransfer zur Ökosteuer in die bilaterale Zusammenarbeit und sie nutzen die formelle Bestätigung diesbezüglicher bilateraler Kooperation, um ihre Aktivitäten weiterzuführen. Dieser Fall kennzeichnet daher sehr exemplarisch, welche eine entscheidende Bedeutung Individuen und Netzwerke im Prozess der Politikentwicklung und dem Politiktransfer unter bestimmten Bedingungen haben.

3 Was wird transferiert – das deutsche Modell?

Neue Energie/CO₂-Steuern existieren in einer Reihe europäischer Länder (vgl. dazu Tews 2005a: 257-300). Laut Einschätzung der OECD, ist es unmöglich, einem bestimmten nationalen Ansatz das Prädikat "best practice" zu verleihen. Die OECD kommt stattdessen zu dem Schluss, dass die Vielfalt bereits existierender nationaler Ansätze zur fiskalisch oder klimapolitisch motivierten Energiebesteuerung strukturelle Ursachen in länderspezifischen Energiebilanzen und im Energieträgermix, unterschiedlichen nationalen Steuersystemen (OECD 1993: 5) und Unterschieden im Wechselspiel zwischen Energiebesteuerung und anderen klimapolitischen Instrumenten im Rahmen von spezifischen nationalen policy packages hat. Daher bestünden für nationale Einführung von Energie/CO₂-Steuern viele Optionen (OECD 1997: 88ff; IEA 2000: 40). Darüber hinaus sind in den 1990er Jahren neue Energie- und CO₂-Steuern in vielen Ländern in eine umfassende ökologische Steuerreform eingebettet worden. Kennzeichen letzterer ist die strikte Aufkommensneutralität, die nicht nur die politische Machbarkeit des Instrumentes erhöhen soll, sondern durch Veränderungen der Steuerbasis vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt eine sog. "double dividend" ermöglicht, die sowohl positive Beschäftigungs- als auch Umwelteffekte impliziert.

Warum also orientiert sich das tschechische Umweltministerium an den deutschen Erfahrungen bei der Ökologisierung des Steuersystems? Sind die strukturellen Rahmenbedingungen so ähnlich, dass das deutsche Modell den höchsten „administrative fit“ aufweist? Oder spielen ganze andere Gründe eine Rolle, gerade die deutschen Erfahrungen als Grundlage der Entwicklung einer eigenen tschechischen ökologischen Steuerreform zu nutzen? Und, ist es überhaupt eine Übernahme des deutschen Ökosteuermodells, d.h. die stufenweise Anhebung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe,

leichtes Heizöl und Erdgas und der Einführung einer Stromverbrauchssteuer, was den tschechischen Protagonisten vorschwebt?

Im ersten „Planungsentwurf für eine graduelle Ökologisierung des Steuersystems“, der gemeinsam von Experten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Prager Karls-Universität und Experten des deutschen Bundesumweltministeriums erarbeitet wurde, sind die Basismerkmale der deutschen Ökosteuer deutlich ersichtlich. Dieser Entwurf sieht vor, dass

- die Erhebung der Ökosteuer aufkommensneutral erfolgen soll. Die erzielten Finanzmittel sollen zur Reduzierung anderer Steuern und Abgaben wie z.B. der Einkommenssteuer und der Gesundheits- und Sozialversicherungsabgaben verwendet werden,
- die Endverbraucher mit Verbrauchssteuern auf Treibstoffe und Elektrizität belegt werden sollen,
- erneuerbare Energiequellen, Abfallverwertung und Abwärmenutzung von der Steuer befreit werden sollen,
- die Mindestvorgaben für Energiesteuern der Europäischen Kommission erreicht werden sollen.

Jedoch wünschten sich die tschechischen Experten um Martin Bursik und die externe Beratergruppe des Umweltministeriums bei ihrer Entwicklung einer Konzeption insbesondere in Bezug auf die Steuerbasis einen deutlich anderen Ansatz für Tschechien. Ihre Konzeption sah vor, auch Primärenergiequellen für die Stromerzeugung nach ihrem Kohlenstoffgehalt zu besteuern, d.h. nicht allein den Endverbrauch von Energie.

„We need to tax it! Because, if you don't tax coal, if you don't differentiate taxation of coal, gas – mainly – so you cannot influence the development of gas power plants compared to power plants based on lignite.“ (M.B. im Interview vom 16.01. 2004).

In diesem wichtigen Punkt weichen also die tschechischen Vorstellungen deutlich von dem deutschen Modell ab.

Woran, wenn nicht an diesen technischen Details orientieren sich die tschechischen Experten dann, wenn sie die deutsche Ökosteuer als argumentative Referenz nutzen und worauf gründet sich der Wunsch nach enger bilateraler Zusammenarbeit mit deutschen Experten in diesem Bereich?

In der Diffusionsliteratur gibt es die These, dass benachbarte Staaten stärker voneinander lernen aufgrund einer größeren Wahrnehmung dessen, was der Nachbar tut, d.h. aufgrund der Annahme, dass Informationen über den Nachbarn eher verfügbar bzw. eher wahrgenommen werden (vgl. Überblick in Tews 2005b: 25-54). Angesichts moderner Kommunikationstechnologien und der Vielfalt an OECD-Publikationen zu Ener-

gie/CO₂-Steuern sind Unmengen an Informationen verfügbar. *Wahrgenommen* wurden jedoch Informationen über *die politische Debatte* zur Einführung der Ökosteuer in Deutschland.

„...the activities of the NGOs in Germany and the report ordered by Greenpeace from the DIW – these documents were available, compared to the experiences of other countries, which – I don't know from what reasons – were not available here.” (Martin Bursik im Interview vom 16.01. 2004)

Deutlicher noch werden im nächsten Zitat die Gründe für das Schauen auf Deutschland:

„...what is quite impressive: in a country where the car industry is a dominant industry, where there is a non-limit speed on the highways – that means where the car has a very strong position as a value in the society – even in this country the concept of gradual increasing the taxation of diesel and petrol succeeded. It's interesting! And I think this example is interesting for this country as well.” (ebd.)

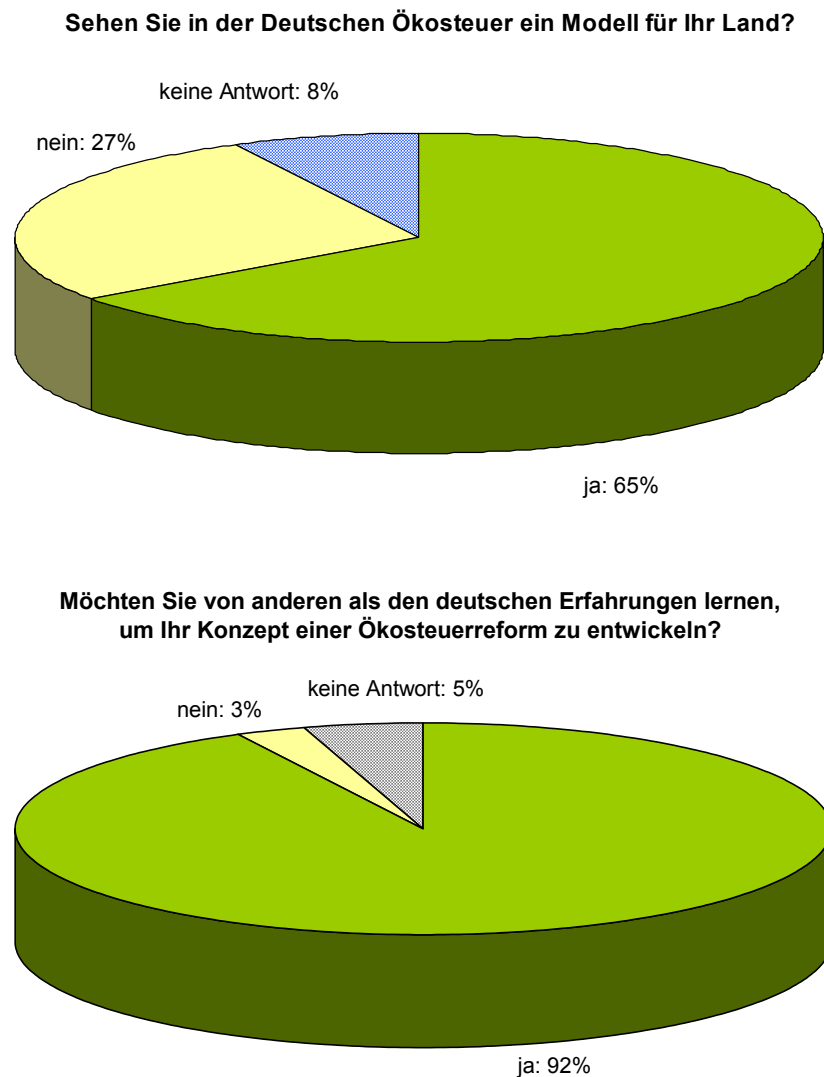
Wie es scheint, war es weniger das Politikdesign der Ökosteuer, was die tschechische Aufmerksamkeit erregte, sondern der *erfolgreiche* Prozess ihrer politischen Durchsetzung. Aber auch andere europäische Länder haben diese Steuern politisch durchgesetzt, häufig eher als in Deutschland. Die harte politische und öffentliche Debatte in Deutschland jedoch wurde in Tschechien wahrgenommen, vor allem der politische Sieg der Pro-Steuer-Koalition.³

Vor diesem Hintergrund ist es daher nachvollziehbar, dass man die deutsche Ökosteuer als Vorbild sieht, in den Details ihrer Ausgestaltung aber eigene Wege gehen will, wobei Erfahrungen anderer Länder dann auch wieder eine Rolle spielen, wie Mitarbeiter der externen Arbeitsgruppe des Umweltministeriums im Gespräch bestätigen.

Auch die Ergebnisse der Umfrage unter allen tschechischen Workshopteilnehmer bestätigen, dass die durchaus wahrgenommen Vorbildfunktion der deutschen Ökosteuer nicht zugleich bedeutet, dass eine Eins-zu-eins-Übertragung auf tschechische Verhältnisse erwünscht ist, stattdessen Erfahrungen anderer Länder integriert werden sollten (Abb.1).

3 Das Prinzip der Aufkommensneutralität als Grundidee der deutschen Steuerreform („one of the genius points of the German model“ [M.B.]) die man übernehmen will, ist letztlich nicht typisch für das deutsche Modell, sondern Basisprinzip einer Reihe ökologischer Steuerreformen in Europa (Barde 2000).

Abb. 1: Wahrnehmung der deutschen Ökosteuer als Modell?



4 Der Zwang zur Einführung der EU-Mindestenergiesteuer als Bestandteil des *acquis communautaire*: Fluch oder Segen für das ambitionierte tschechische Projekt Ökosteuerreform?

Im Frühjahr 2003 wurde in der EU nach 12jähriger Debatte eine politische Einigung über eine EU-weite Mindestenergiesteuer erzielt. Am 27.10. 2003 wurde die EU-Energiesteuer formal im Rat bestätigt (2003/96/EC). Der damals unmittelbar bevorstehende Beitritt der neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas dürfte für diese Einigung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein. Die Mindeststeuersätze für Energieprodukte gehörten nun zum *acquis communautaire* und sind somit auch von diesen Ländern national umzusetzen.

Die EU-Direktive stellt für Tschechien in Bezug auf die Besteuerung von Diesel und Benzin kein Problem dar, da die Steuersätze bereits auf oder über dem Niveau der vorgeschriebenen Mindestsätze liegen. Neu eingeführt werden müssen im Wesentlichen Steuern auf Kohle, Strom und Gas. Für die Expertengruppe des Umweltministeriums war es oberste Priorität, die EU-Direktive im Rahmen einer umfassenden ökologischen Steuerreform zu implementieren und nicht in Form von Einzelgesetzen zu den verschiedenen Energieträgern und Strom.

Tatsächlich ist durch die EU-Direktive keinesfalls vorgeschrieben, das Steuersystem umfassend zu ökologisieren. Vor diesem Hintergrund sind also auch Umsetzungsformen der EU-Direktive denkbar, die einer ökologischen Steuerreform zuwiderlaufen und zu nicht-nachhaltigen politischen Entscheidungen führen können. So kam es beispielsweise kurz nach Verabschiedung der EU-Direktive in Brüssel zu Differenzen zwischen dem tschechischen Finanzminister und den Experten des Umweltministeriums bezüglich der für die Umsetzung der Direktive erforderlichen Übergangsphasen. Kern des Disputs war die Besteuerung von Gas. Laut Meinung des Finanzministers sollten Übergangsphasen ausschließlich für Kohle und Elektrizität anvisiert werden, während die erforderliche Gassteuer sehr einfach zu implementieren sei. Erst durch Intervention von Martin Bursik und der Expertengruppe des Umweltministeriums konnte es gelingen, das Finanzministerium von diesem – aus klimapolitischer Perspektive unsinnigen – Vorgehen abzubringen:

„Gas and coal are substitutes – if the price for gas increases so the people will switch to coal, which will be from an environmental point of view a damage. So we explained the ministry of finance that the taxation of all these energy sources should be implemented in one time” (M.B. im Interview vom 16.01. 2004).

Das derzeitige Konzept sieht daher auch Übergangsphasen für die Implementation der Kohle-, Gas- und Stromsteuer bis zum 31.12. 2007 vor.

Des Weiteren ist es denkbar, dass über eine reine Erfüllung der Vorgaben der EU-Direktive von den tschechischen politischen Eliten kein weiterer Handlungsbedarf gesehen wird. Tatsächlich aber wollen die Protagonisten der ökologischen Steuerreform aber weit mehr als Mindestenergiesteuern.

Erfahrungen zeigen, dass eine EU-weite Regelung, ambitionierte nationale Bestrebungen auch unterminieren kann (vgl. Tews 2005a). In Deutschland wurden Pläne zur Einführung einer CO₂-Steuer seit 1989 auf Regierungsebene diskutiert und bereits 1991 lag ein erster Gesetzesentwurf des damaligen Umweltministers Töpfer für eine Kohlendi-oxidabgabe vor. Der im Jahre 1992 von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag einer Energie/CO₂-Steuer schwächte allerdings in Deutschland die Absicht, unilateral voranzugehen (Reiche & Krebs 1999: 99). Andere Regierungen, wie z.B. die der Niederlande

nutzen dagegen den Vorschlag und demonstrierten durch nationale CO₂-Steuern die politische Machbarkeit dieses Politikinstrumentes.

Die tschechischen Protagonisten sehen in der Verabschiedung der EU-weiten Steuer zunächst einen deutlichen Stimulus für die nationale Einführung einer ökologischen Steuerreform:

„...the impulse that came from the EU helped the process very much. It is more than evident“ (M.B. im Interview vom 16.01. 2004).

Dieser Impuls wird aber als nicht ausreichend gesehen, die ambitionierten Ziele der Expertengruppe um Martin Bursik in Tschechien zu realisieren.

„If we follow the minimum [EU-taxation] and we don't tax the primary sources of energy on the input for electricity production then the reform will bring no effects“ (ebd.).

Die tschechische Expertengruppe möchte eine Stromsteuer, die hinsichtlich der eingesetzten Energieträger differenziert. Artikel 14 der EU-Richtlinie (2003/96/EC) erlaubt zunächst keine Inputsteuern bei der Stromerzeugung, fügt dann jedoch hinzu „Member States may, *for reasons of environmental policy* [Hervorhebung K.T.] subject these products to taxation....“ (Artikel 14a).

Für Martin Bursik ist eine differenzierte Inputsteuer bei Strom die Hauptfrage des gesamten Steuerreform-Konzeptes in Tschechien:

„So this will be a tough debate and we will strongly pushing the possibility that the Czech Republic will tax not only electricity but coal and gas and nuclear – so that we manage to differentiate the price of energy according to the CO₂ emissions they produce or in the case of nuclear according to the risk.“ (M.B. im Interview vom 16.01. 2004).

Die vorerst letzte Fassung der durch die Expertengruppe des Umweltministeriums vorgelegten Konzeption der Ökologischen Steuerreform vom 21.10. 2005 sieht so auch eine differenzierte Inputsteuer vor. Bis zum Jahr 2015 sollen in 5 Stufen („Wir wollen keine Schocktherapie“ Aussage von Milan Scasny, Mitglied der Expertengruppe) die unterschiedlichen Externalitäten der Energieträger bei der Stromerzeugung internalisiert werden.

Tab. 1: Differenzierte Stromsteuer nach Energieträgereinsatz (in Kč/KWh) laut „Koncepté Ecologické Daňové Reformy“ 21.10.2005

	2007	2009	2011	2013	2015
Braunkohle, Erdöl	0,20	0,40	0,70	1,00	1,30
Steinkohle	0,10	0,30	0,50	0,70	0,90
Erdgas	0,05	0,10	0,15	0,20	0,30
Atom	0,05	0,10	0,15	0,20	0,30
Erneuerbare	-	-	-	-	-

Die tschechische Konzeption geht also nicht nur über das deutsche Modell hinaus, wie oben erwähnt, sondern auch über die Minimalanforderungen der EU-Richtlinie. Erfahrung aus Finnland zeugen von den Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung von nationalen Strominputsteuern unter Bedingungen liberalisierter Strommärkte: Finnland, das erste Land mit einer CO₂-Steuer und einer deutlich inputorientierten Stromsteuer sah sich mit dem Beitritt zur EU und der Liberalisierung des EU-Strommarktes gezwungen, den Ansatz bei der Strombesteuerung von Brennstoffen hin zu den Endprodukten zu verändern:

“Thus compared to other Nordic countries the energy taxation of industry was much higher and provoked concerns among Finnish industry about the economic impact on their operations vis-a-vis that of their international competitors...Competition in electricity market is in practice determined by electricity produced by coal. Thus the taxation of coal is critical. The high tax on coal, used in Finland for electricity production, dramatically reduced the competitiveness of Finish energy production.”(Teir 1999: 305f).

Die tschechische Konzeption der Stromsteuer ist im Gegensatz dazu und unter Ausnutzung der Umweltklausel im Artikel 14 a der EU-Richtlinie durch eine deutliche klimapolitische Zielrichtung gekennzeichnet.

Ob sich eine solche politische Vorreiterrolle im nationalen politischen Prozess durchsetzen lässt ist, ist eine empirische Frage, der in den kommenden Monaten bzw. Jahren Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Derzeit liegt die Konzeption der ökologischen Steuerreform vor und eine neue politische Absichtserklärung. Der politische Diskurs- und Aushandlungsprozess ist noch immer in der Startphase, die Mobilisierung von gesellschaftlichen Unterstützern steht, wie noch ausgeführt werden wird, ebenfalls noch an. Ob, sich die neue tschechische Regierung tatsächlich für mehr entscheiden wird, als sie verpflichtet ist zu tun, ist eine Frage des politischen Willens, die Martin Bursik während des Diskursworkshops mit Vertretern tschechischer und deutscher Medien unter der in Mittel- und Osteuropa hochsensiblen Thematik des Lehrer-Schüler Verhältnisses zwischen EU- und Beitrittsstaaten verortet:

“Ein Schüler wird nur das Minimum machen. Wenn Tschechien also nur eine Stromsteuer einführt, wären wir kaum mehr als Schüler... (Aussagen von M.B. protokolliert durch die Autorin auf dem WS Medien im Rahmen des Diskursprojektes am 7. November 2003 in Prag).

In der aktuellen Regierungserklärung der Dreierkoalition aus Bürgerdemokraten, Christdemokraten und Grünen vom Januar 2007 ist der politische Wille artikuliert, mehr zu tun als die EU verlangt – wenn auch in zwei Schritten.

“As of 1 January 2008, in accordance with EU requirements and the Czech Republic’s commitments, the government will introduce revenue-neutral

ecological tax reform to restrict the energy intensity of the economy and encourage employment by reducing the secondary costs of labour.

Ecological tax reform will not culminate in a higher overall tax burden. Social insurance contributions will reduce as excise duty on energy rises. In the first stage of reform, minimum excise duty rates will be introduced in accordance with an EU directive. The aim of the second stage of the reform, as of 2010, will be to create an emission tax on CO₂, which will emerge from the transformation of the existing air pollution charge. The aim of this tax will be to stimulate the modernization of technology for the generation of energy and reduction of pollution. The indicative target of revenues from ecological tax reform after 2010 will be 0.5% to 1% of GDP." (Homepage der tschechischen Regierung: <http://www.vlada.cz>).

Tatsächlich ist dieses Bekenntnis als ein herausragender Erfolg der tschechischen Grünen zu bezeichnen, die nach einer internen Neuformierung zum ersten Mal erfolgreich ins Parlament zogen und an der neuen Regierung mit vier Ministerposten beteiligt sind. Ob sich diese Regierung an dieser politischen Absichtserklärung wird messen lassen müssen, hängt von der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Kontrolle dieser Absicht ab. Der letzten Regierung hat die Nichterfüllung ihrer Absicht, eine ökologische Steuerreform einzuführen, nicht geschadet.

5 Die Mobilisierung einer öffentlichen Unterstützerbasis in Tschechien: erste Ansätze

Die Protagonisten der Entwicklung einer ökologischen Steuerreform in Tschechien wünschen sich eine breite gesellschaftliche Diskussion. Hintergrund dieses Wunsches sind vor allem die Lehren, die sie aus der politischen Auseinandersetzung in Deutschland ziehen. Dort gelang es ein breiten Bündnis aus NGOs, Gewerkschaften, Vertretern einzelner Wirtschaftsbranchen, politischer Parteien und Wissenschaftlern eine breite Pro-Steuer-Allianz zu schmieden, die für die erfolgreiche Durchsetzung höher Kraftstoffsteuern in einer „Automobilnation“ (Vgl. oben zitierte Interviewaussage von Martin Bursik) entscheidend war. Martin Bursik wünscht eine breite Diskussion in der Bevölkerung – „obwohl das eigentlich keine Kultur in Tschechien ist“ (Aussage von ihm auf dem Workshop für Wirtschaftsakteure in Prag am 10.05. 2004).

5.1 Umweltbewegung in Tschechien

Die tschechische Öffentlichkeit ist wenig geübt in den Verfahren substantieller Demokratie, die eine aktive Teilnahme an gesellschaftspolitischen Diskursen und Aktivitäten zur politischen Einflussnahme erfordern. Dies gilt auch für die tschechische Umweltbewegung. Einerseits kann das auf die noch recht kurzen Erfahrungen mit zivilgesell-

schaftlichem Engagement zurückgeführt werden. Anders als in Polen jedoch haben sich innerhalb der jungen tschechischen Umweltbewegung erst gegen Ende der 1990er Jahre professionellere Strukturen herausgebildet. Es gelang der Umweltbewegung weit schlechter als in Polen (vgl. Glinski 1996; Tews 1999), sich aus der anfänglichen Antiregime-Protestbewegung in eine Bewegung zu transformieren, die auch Verbände umfasst, die sich um aktive Mitgestaltung politische Entscheidungen bemühen (Fagin 2000). Die ausgesprochen deutliche Protestorientierung vor und kurz nach der politischen Wende – eines der üblichen Entwicklungsstadien sozialer Bewegungen – konnte weniger schnell „überwunden“ werden, da sich die politischen Opportunitätsstrukturen zwischen 1992-1996 drastisch zuungunsten gesellschaftlicher und insbesondere umweltorientierter Gruppierungen veränderten. Die Mitte-Rechts-Regierung von Václav Klaus verfolgte eine neo-liberale Schocktherapie, die mit der Präferenz für einen starken Staat und der Reduktion von „Störungen“ durch gesellschaftliche Partizipation verbunden war. Umwelt-NGOs wurden marginalisiert, Formen des politischen Dialogs wurden abgelehnt und auch der Prozess der Weiterentwicklung der tschechischen Umweltpolitik stoppte in der Zeit zwischen 1992-1996 (ausführlicher Fagin 2000). Erst mit der politischen Krise 1997 und der Übernahme der Amtsgeschäfte durch eine Expertenregierung änderten sich die politischen Gelegenheitsstrukturen. Martin Bursík als Umweltminister dieser Expertenregierung eröffnete den Umwelt-NGOs Zugangs- und Partizipationschancen zum politischen Prozess, die seither aufrechterhalten wurden und zu einer Professionalisierung einzelner großer Umwelt-NGOs geführt haben.

Es fehlt ihnen jedoch nach wie vor an Kapazitäten und vor allen an den finanziellen Ressourcen, diese zu entwickeln. So sind viele Organisationen abhängig von wenig nachhaltigen Zuwendungen ausländischer Partner-NGOs und der EU sowie zu einem geringen Teil von staatlichen Mitteln. Obwohl diese Unterstützung durch ausländische Geber kurzfristig hilfreich war, hat sie die Umweltbewegung geschwächt (Fagin & Jehlička 2001). Fagin und Jehlička verwiesen auf die so induzierte Abhängigkeit und die Notwendigkeit Aktionsformen zu verfolgen, die den EU-Vorgaben und Prioritäten entsprechen. Viele dieser Aktionsformen entsprächen nicht dem tschechischen Handlungskontext und hätten zu einer Entfremdung zwischen NGOs und ihrer gesellschaftlichen Basis geführt (ebd.).

5.2 Zur Problematik der Kommunikation des Vorhabens ÖSR in der tschechischen Öffentlichkeit: Wann und Wie?

Das Vorhaben der Regierung, innerhalb der Legislaturperiode (2002-2006), eine ökologische Steuerreform durchzuführen, ist durch die Regierungserklärung bekannt gegeben worden. Darüber hinaus gab es keine gezielte und durchdachte Kommunikationsstrategie für die breite tschechische Öffentlichkeit. Das bilaterale Diskursprojekt ist

das einzige Forum, das einem begrenzten Kreis von Akteuren aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen Kenntnisnahme und Diskussion der Ausgestaltung der tschechischen Konzeption und der Erfahrungen anderer Länder, speziell Deutschlands, gestattet.

Das Konzept der tschechischen ÖSR sollte zunächst durch die Expertengruppe des Umweltministeriums erarbeitet werden. Während dieser Erarbeitung fand eine Reihe von Konsultationen mit Vertretern anderer Ressorts statt, was zu verschiedenen Änderungen der Konzeption führte. Mit der Vorlage der fertigen Konzeption durch das Umweltministerium sollte die öffentliche Debatte eingeleitet werden. Es kam anders und zwar in zweierlei Hinsicht.

Erstens, begann die Debatte in den Medien mit der heftigen und z.T. auf Fehlinterpretationen beruhenden Diskussion der Implikationen der EU-Richtlinie zu Mindestenergiesteuern für Tschechien im November 2003. Thematisiert wurden Steuererhöhungen, die die EU mit sich bringen wird. Das löste einen „hysterischen Aufschrei“ unter den EU-Gegnern aus (aus der protokollierten Diskussion während des Workshops mit Medienvertretern). Positive Effekte einer ÖSR, deren Aufkommensneutralität in der Regierungserklärung ausdrücklich hervorgehoben war, wurden nicht thematisiert. Die Existenz einer interministeriellen Arbeitsgruppe ÖSR und die gemeinsame Arbeit am Konzept wurden in der öffentlichen Stellungnahme des Finanzministers nicht erwähnt. Insbesondere seine ausschließliche Betonung der Steuererhöhungen und der deshalb notwendigen Übergangsfristen haben zu einer derart schlechten Ausgangslage der Kommunikation einer über die EU-Mindestvorgaben hinausgehenden tschechischen ÖSR geführt. „Das war so nicht geplant“ (Martin Bursik auf dem WS Medien am 7.11. 2003).

Zweitens, schlug die geplante öffentliche Vorstellung des fertigen Konzeptes durch das Umweltministerium im Oktober 2005 fehl. In einer Pressekonferenz sollte die Konzeption durch das Umweltministerium vorgestellt werden. Auf Initiative Martin Bursiks und der Expertengruppe wurden zu dieser Pressekonferenz zwei deutsche Wissenschaftler eingeladen – Martin Jänicke, Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin und stellvertretender Vorsitzender des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen sowie Claudia Kempfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW – die das Konzept kommentieren sollten. Die Pressekonferenz wurde von tschechischer Seite kurzfristig abgesagt. Der damalige Umweltminister Ambrozek hatte die öffentliche Vorstellung an seine Stellvertreterin delegiert, die bis-

her kaum in den Prozess der Entwicklung der Konzeption eingeweiht war.⁴ Zugleich kam es zu Differenzen mit dem Finanzministerium, das einige der letzten Änderungen am Konzept so nicht unterstützen wollte.

Martin Bursik und Milan Scasny, Vertreter der Expertengruppe, haben darauf selbständig Presseartikel verfasst, um die Idee der ÖSR in der tschechischen Öffentlichkeit vorzustellen. Insbesondere aus den Reihen tschechischer Ökonomen sind Zustimmungen zu der Konzeption geäußert worden (Information durch Lutz Mez, der in engem Kontakt mit Martin Bursik steht).

Ein zweites Problem der Kommunikation besteht im „Wie“. Eine Mitarbeiterin der tschechischen Umweltinformationsagentur CENIA charakterisiert das, ähnlich wie Martin Bursik, als eines der Hauptprobleme der tschechischen politischen Kultur: „Hier in Tschechien gibt es [...] ein Problem mit der Kommunikation. Die Gesellschaft kommuniziert schlecht. Egal, um welches Thema es sich handelt: Wenn es ein Problem gibt, dann scheitert die Lösung oft daran, dass uns die Kommunikationsinstrumente fehlen.“ (zitiert aus der Internetversion von Radio Prag vom 16.10. 2005). Fehlende Bürgerinitiativen in Zeiten des „Kampfes um individuellen Wohlstand“ (ebd.), die den gesellschaftlichen Diskurs steuern könnten, werden als der wesentliche Grund für dieses Kommunikationsmanko angesehen (ebd.).

Die Frage, wie eine ökologische Steuerreform in Tschechien zu popularisieren wäre, war eine der zentralen Fragen auf dem Workshop mit Vertretern tschechischer Medien. Steuererhöhungen für klimaschädigende Energieerzeugung und -verwendung lassen sich in Tschechien nur schwer kommunizieren. Die internationalen Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls hat Tschechien längst erfüllt. Da das Basisjahr auf 1990 gelegt wurde, hat der transformationsbedingte wirtschaftliche Rückgang der 1990er Jahre ohnehin zu einer Reduktion der Produktion von CO₂ geführt. Damit ist Klimaschutz kein Thema in Tschechien. Ökologen fordern daher eine Perspektivverschiebung, um den Bedarf an Klimaschutzmaßnahmen zu verdeutlichen. Sie fokussieren dabei einerseits auf den überdurchschnittlich hohen CO₂-Ausstoß pro Wertschöpfungseinheit, aufgrund eines veralteten Technologiestandes bei der Energieerzeugung und -verwendung. Andererseits auf die mit jährlich 12 Tonnen überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen von CO₂. Damit gehört das kleine Tschechien zu den „Top-Ten der größten Umweltverschmutzer unseres Planeten“ (Radio Prag 16.02. 2005).

Viel versprechender ist es allerdings aus Sicht der Experten um Martin Bursik und einzelner Teilnehmer der Workshops, die Kommunikation nicht allein durch das

4 Insider sahen in den anstehenden Wahlen im Juni 2006 den Hauptgrund für den Rückzug des Umweltministers Ambrozek.

Umweltministerium führen zu lassen, sondern das Sozial- und Finanzministeriums einzubeziehen. Die Verschiebung der Steuerlasten von Arbeit auf Umwelt ist auch in Tschechien Kernelement der ökologischen Steuerreform. In Tschechien sind wie in vielen europäischen Ländern die Lohnkosten zu hoch, sogar überdurchschnittlich im europäischen Vergleich. Eine Studie von Eurostat für das Jahr 2003 offenbart, dass die effektive Steuerrate auf Arbeit in Tschechien mit 40,1 % über dem EU-Durchschnitt von 35,9 % liegt (New Europe, Oct. 30-Nov. 5 2005: 52).

Allerdings waren auch innerhalb anderer Regierungsressorts und zwischen den verschiedenen Ressorts Kommunikations- und Managementprobleme zu verzeichnen, die eine gemeinsame Kommunikation des Regierungsvorhabens (laut Regierungserklärung), eine ÖSR einzuführen, verhinderten.

„...due to the inter-ministerial working group ... you can identify in all of the relevant ministries the persons who know what the ETR is and who has got the documentation and how is the development. But, let's look at the very concrete experience. Our debate with the minister – my debate with the vice minister of industry about the energy policy showed up that he did not have a single idea about the ETR. [...] It is a question of communication of the different departments inside the ministries. [...] One department is sending a representative there [to the interministerial working group], but this department or this representative has been not participating in the preparation of the energy policy of the ministry” (Martin Bursik im Interview vom 16.01. 2004).

Dasselbe bescheinigt er dem Sozialministerium:

“...they do not co-operate... they preparing their own reform of social payments and from a logical point of view we should be a partner, because we will bring them the revenues which they can use to lowering the social payments costs ... So, I think, it is a lack of management – in generally in the government and specifically in this case in the ministry.” (ebd.)

Tatsächlich ist die Idee der ökologischen Steuerreform in Tschechien also bisher kaum öffentlich kommuniziert worden. Eine tschechische Teilnehmerin des Medienworkshops erwähnte, dass im Jahr 2004 etwa sieben Artikel in tschechischen Medien irgendwie Bezug zur ÖSR nahmen. Allerdings wurde dabei kein Konzept erklärt, nicht erwähnt, dass eine ÖSR auf Theorie basiert und sich aus Erfahrungen anderer Länder speisen könnte. Ein anderer Medienvertreter hatte bis zur negativen Debatte über die EU-Energiesteuer keine Berichterstattung über eine ökologische Steuerreform wahrgenommen. Tatsächlich gab es jedoch Bemühungen, wie etwas im parlamentarischen Bulletin, einer durch eine unabhängige NGO publizierte Zeitschrift, die Nachrichten aus dem Parlament und der Regierung zusammenfasst und an Parlamentarier adressiert ist, die ÖSR zu kommunizieren. Heft 6 des Jahres 2003 hat den Themenschwer-

punkt ÖSR und diskutiert auch Erfahrungen anderer Länder, insbesondere Deutschlands. Darüber hinaus hat die Umwelt-NGO Hnutí Duha, Mitglied von Friends of the Earth Europe eine Informationsbroschüre zur ÖSR veröffentlicht. Auch existiert eine Internetplattform, als tschechischer Beitrag zur Kampagne des EEB für eine ökologische Finanzreform, auf der wichtige Entwicklungen auf europäischer und OECD-Ebene sowie anderer Ländern nachzulesen sind. Leider finden sich dort kaum Informationen zu Entwicklungen in Tschechien.

5.3 Das tschechisch-deutsche Dialogprojekt – einzige Plattform eines gesellschaftlichen Diskurses zur Einführung der ÖSR in Tschechien

Die „Tschechisch-deutsche Initiative für einen Dialog über eine Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik“ wurde von Martin Bursik als die einzige Plattform in Tschechien charakterisiert, das Politikprojekt Ökosteuer zu kommunizieren.

Sie wurde im Wesentlichen finanziert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU). Darüber hinaus erfuhr das Projekt Unterstützung durch das deutsche Bundesumweltministerium (BMU), den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und das tschechische Umweltministerium. Die Initiative wird vom tschechischen Beratungsunternehmen Ecoconsulting und der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin in enger Kooperation mit einem Vertreter des BMU geplant, organisiert und moderiert.

Das Dialogprojekt ist als ein ambitioniertes Pilotvorhaben entwickelt worden, um ein Netzwerk von gesellschaftlichen Unterstützern in Tschechien zu schaffen. Es ist damit explizit nicht vorrangig an Experten adressiert, sondern an gesellschaftliche Akteure, die als Multiplikatoren die Idee der ÖSR in die tschechische Gesellschaft tragen sollen. Deutsche Erfahrungen sollten eingebracht werden, um zu zeigen, wie eine solche gesellschaftliche Unterstützerbasis in Deutschland geschaffen wurde, um ein Beispiel zu geben, von dem gelernt werden *kann*. Bilaterale Diskussionen sollten helfen, eine tschechische Ausgangsbasis für Positionierungen zur ÖSR zu erarbeiten und ein tschechisches Netzwerk zu schaffen.

Die folgenden Ausführungen sollen einen Ausgangspunkt liefern, wie aus bestimmten Eigenschaften dieses bilateralen Transferprojektes Lehren für zukünftige ähnliche Transfervorhaben gezogen werden können.

5.3.1 Charakteristika des Diskursprojektes und deren Lehren

Für das deutsch-tschechische Dialogprojekt wurde ein zielgruppenspezifischer Ansatz gewählt. Ziel war es, in Anlehnung an die deutschen Erfahrungen, jene Stakeholder in Tschechien zu identifizieren und zu aktivieren, die für eine Mobilisierung einer breite-

ren gesellschaftlichen Unterstützerbasis entscheidend sein könnten. Wie bereits erwähnt, war es gerade das erfolgreiche politische Marketing des Ökosteuerkonzeptes in Deutschland, das die tschechischen Protagonisten zu dieser Form der Kooperation veranlasst hatte.

Die folgende 12 Workshops fanden statt (Vgl. Tabelle 2).

Tab. 2: *Projektplan und Zielgruppe*

Datum	Zielgruppe	Thema
28.02.2003	Umwelt-NGOs	NGOs' experience with Environmental Tax Reform in Germany
24.04.2003	Regierung und Verwaltung	Attitudes of Czech and German State Administration towards the Environmental Tax Reform
25.04.2003	Wissenschaft und Forschung	ETR Research: Dark Side of the Moon?
19.06.2003	Kirchen	ÖSR – ein Thema für die Kirche?
20.06.2003	Stiftungen	ÖSR – ein Thema für die Stiftungen?
07.11.2003	Medien	Energiesteuer – Teil der ÖSR in der EU, Bundesrepublik und der Tschechischen Republik
16.01.2004	Gewerkschaften	Die ÖSR aus Gewerkschaftssicht
10.05.2004	Unternehmer	Die ÖSR aus der Sicht von Industrie und Betrieben
12.01.2005	Sozialdemokraten	Die ÖSR – ein Thema für die Sozialdemokratie
06.10.2005	Umwelt-NGOs	Einstellungen von NGOs zur ÖSR
06.03.2006	Konservative Partei (rechtliberale Bürgerdemokraten [ODS])	Ökonomische Instrumente im Umweltschutz – Die deutschen Erfahrungen mit der ÖSR
07.03.2006	Grüne Partei	Ökonomische Instrumente im Umweltschutz – Die deutschen Erfahrungen mit der ÖSR

Thematisch waren die Workshops grob an die jeweilige Zielgruppe angepasst. Eine weitergehende Spezifizierung der Fragstellungen fand nicht statt. Zu jedem der Workshops wurden vom deutschen Projektpartner Experten rekrutiert, die ihre Erfahrungen in Tschechien kommunizieren sollten. Vom tschechischen Projektpartner wurde die Rekrutierung von Teilnehmern erwartet:

„Dabei ist es die Aufgabe der FFU, auf der deutschen Seite kompetente und erfahrene Teilnehmer für den Dialog zu gewinnen und das Know-how mit umwelt- und energiepolitischen Diskursen in den Dialogprozess einzubringen. Ecoconsulting hat die Rolle, tschechische Multiplikatoren zu identifizieren, anzusprechen und zu einer Teilnahme am Dialog zu motivieren.“ (aus dem Projektantrag).

Wie die Ergebnisse der Evaluation des Projektverlaufs zeigen werden, liegt in dieser Aufgabenteilung eine zwar nicht intendierte, aber letztlich den Diskurs behindernde Rollenzuschreibung an die deutschen und die tschechischen Teilnehmer: hier die Experten, da die dialogbereiten Multiplikatoren!

Ein Diskursansatz zielt auf die Aktivierung von Diskussionen. Aber: die Diskussionsbereitschaft der tschechischen Teilnehmer war als eher gering zu charakterisieren, ein Dialog daher kaum zu beobachten. Das kann verschiedene Ursachen haben:

1. Die tschechischen Teilnehmer waren mit der Materie zu wenig vertraut, um substantielle Beiträge zu Diskussion zu liefern.
2. Die Veranstaltung und damit der Politiktransfer selbst waren in einer Weise organisiert, die zu wenig Raum für die Diskussion tschechischer Positionen ließ.
3. Von tschechischer Seite war eher ein Informationstransfer als ein Diskurs mit den Deutschen gewünscht.
4. Der Kommunikationsstil unterscheidet sich zwischen Deutschen und Tschechen, so dass ein bilateraler Diskurs erschwert ist (Probleme interkultureller Kommunikation).

Ad. 1) Die tschechischen Teilnehmer waren mit der Materie zu wenig vertraut, um substantielle Beiträge zur Diskussion zu liefern.

Diese Meinung vertreten vor allem die tschechischen Projektpartner, die oft von ihren Problemen berichteten, kompetente Teilnehmer für die Workshops zu rekrutieren. Allerdings zeugen die in den Fragebögen geäußerten Selbstwahrnehmungen der tschechischen Teilnehmer davon, dass sich die Mehrheit durchaus in Fragen einer ökologischen Steuerreform für informiert und kompetent hält.

Die Mehrheit der tschechischen Teilnehmer charakterisiert sich selbst als mit dem Thema ÖSR vertraut. Eine Ausnahme bilden aber überraschenderweise die Teilnehmer des Workshops mit Vertretern der Grünen. Gefragt wurde z.B. danach, ob man sich persönlich als kompetenter Teilnehmer dieses Workshops fühlt. Auch wenn bei fast allen Workshops mindestens 20% der Teilnehmer darauf eher vorsichtig bis verneinend (Skalenwert 3-5) antworteten, bestätigt die Mehrheit ihre Sachkenntnis (Vgl. Abb. 2 und 3).

Abb. 2: Erfahrungen mit dem Thema ÖSR

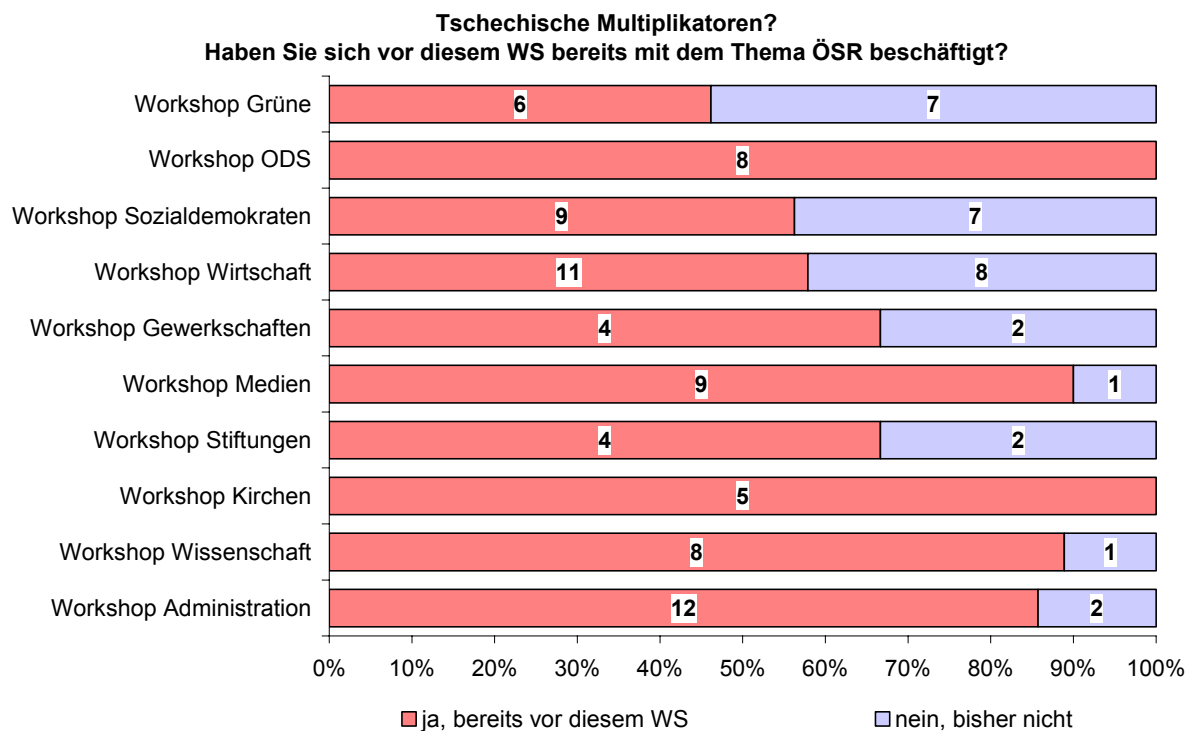
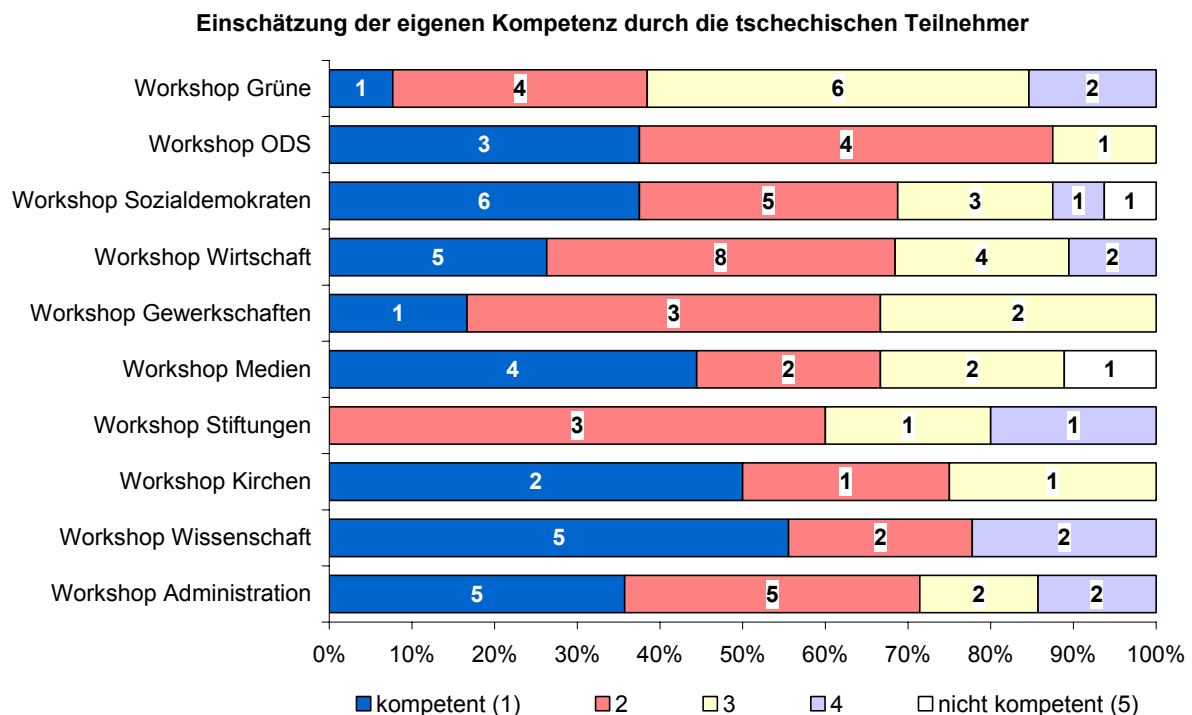


Abb. 3: Einschätzung der eigenen Kompetenz



Darüber hinaus zeugen auch die Antworten zu den Motivationen der tschechischen Teilnehmer, die ihrer Teilnahme an dem Workshop unterlagen, von einem deutlichen beruflichen und persönlichen Interesse an dem Thema und den Erfahrungen aus anderen Ländern.

Abb. 4: Motivation der tschechischen Teilnehmer: Beruf

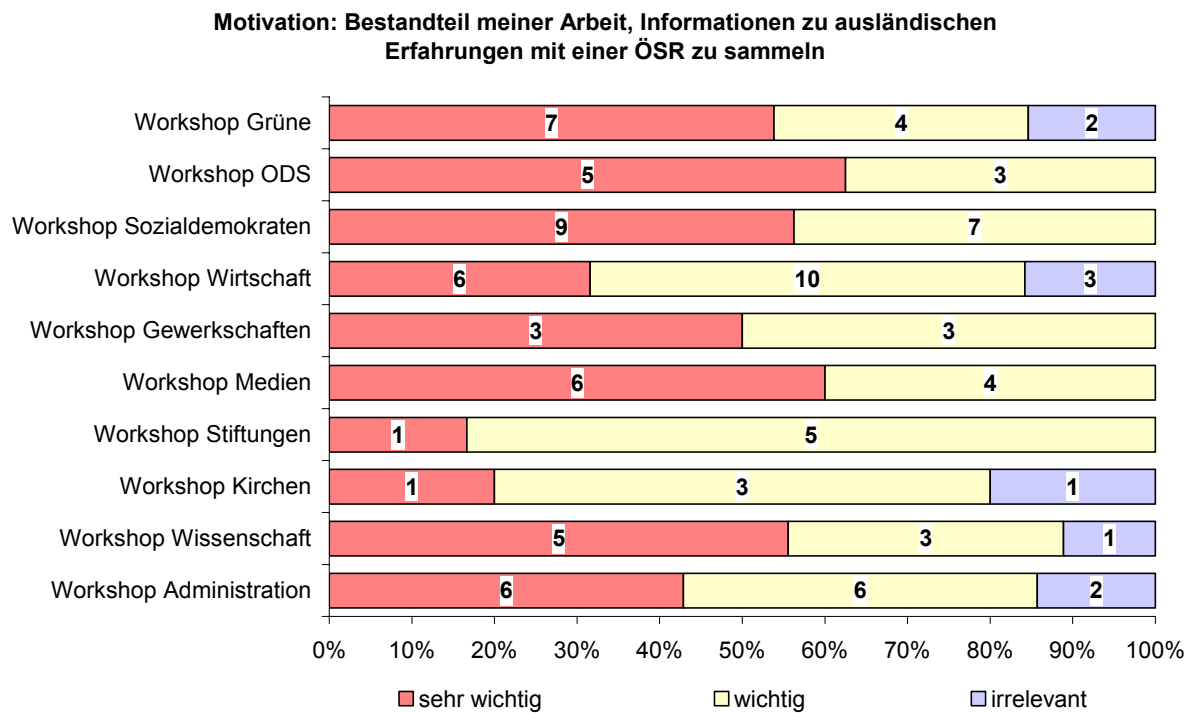
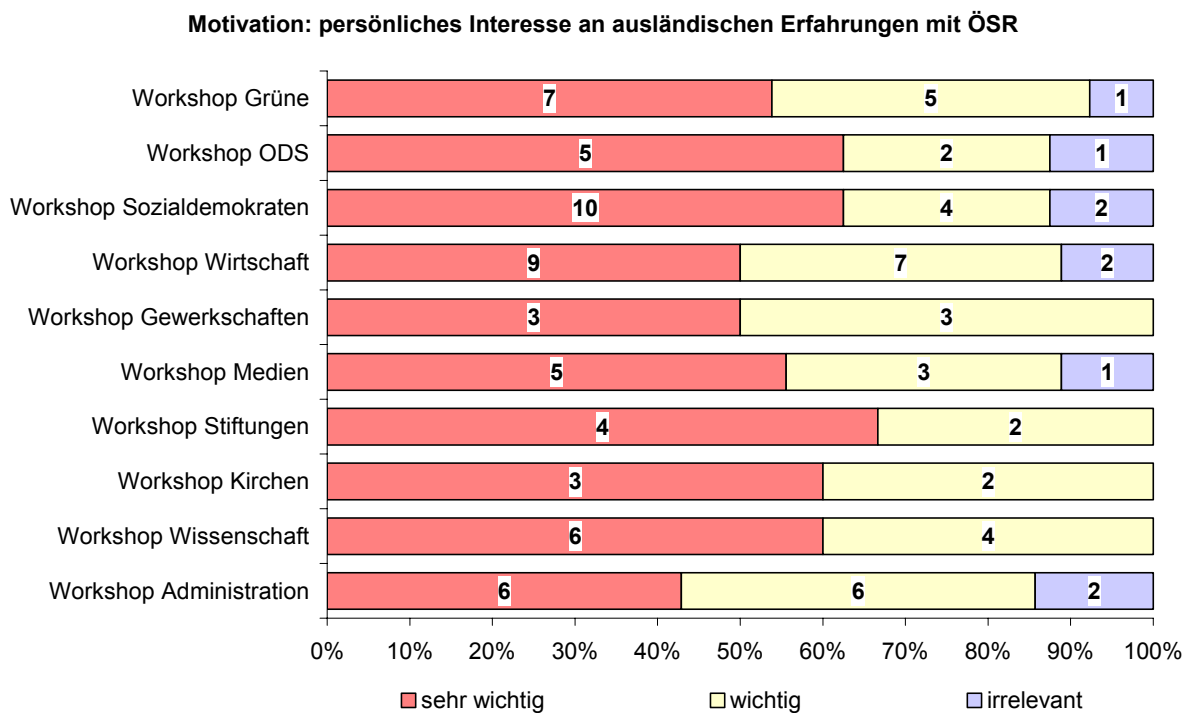


Abb. 5: Motivation tschechischer Teilnehmer: persönliches Interesse



Vor diesem Hintergrund, der sowohl Interesse als auch Kenntnis suggeriert, wären deutlich mehr Diskussionen von tschechischer Seite zu erwarten gewesen.

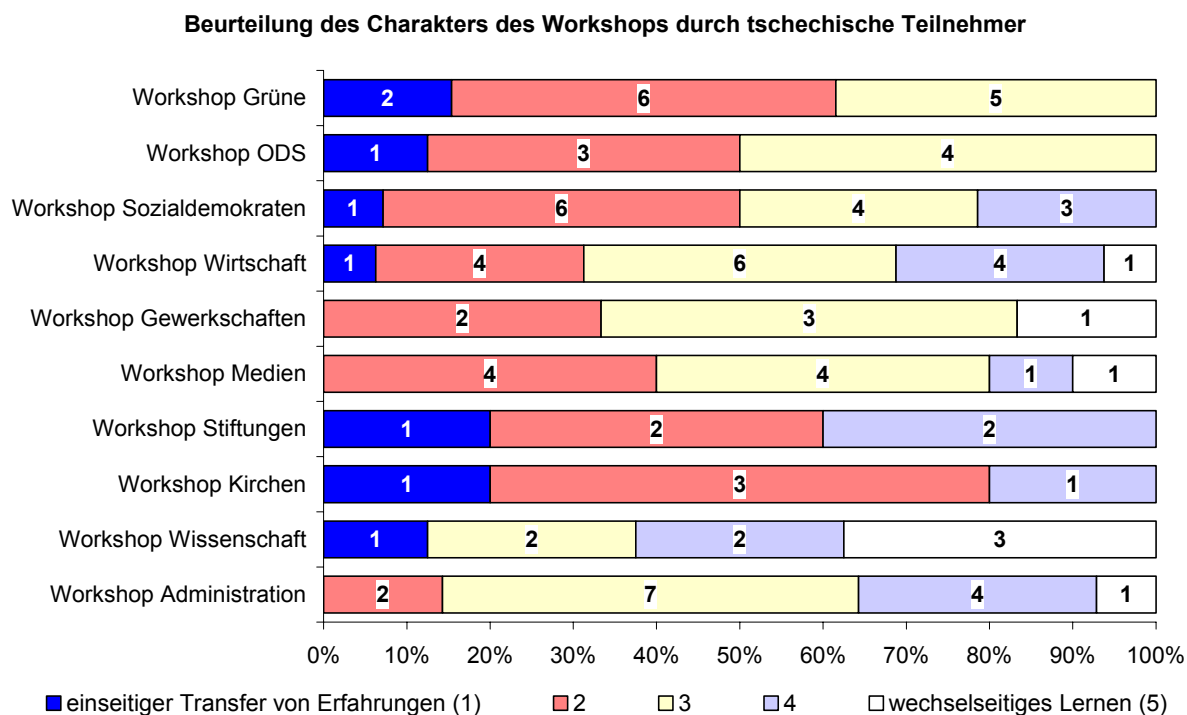
Ad. 2) Möglicherweise gaben die Workshops selbst zu wenig Raum für die Diskussion tschechischer Fragen und Positionen.

Tatsächlich waren die Workshops so organisiert, dass Referenten aus Deutschland entsprechend der jeweiligen tschechischen Zielgruppe ausgewählt wurden und Vorträge hielten, um ihre Erfahrungen zu kommunizieren. Der Raum für Fragen und Diskussionen wurde gegeben. Allerdings fehlten Referenten von tschechischer Seite. Außer Martin Bursik und Milan Scasny, beide Mitglieder der Expertengruppe des Umweltministeriums, die die Anstrengungen und Fortschritte bei der Arbeit an der tschechischen Konzeption kommunizierten, gab es überwiegend keine organisierten Beiträge von tschechischer Seite. Damit gewannen die Veranstaltungen dann auch eher den Charakter von Informationsseminaren. Eine gezielte Darstellung von Positionen, des Zustandes, des gesellschaftlichen Stellenwertes, des Aktivitätsniveaus und der Schwerpunkte tschechischer Gewerkschaften, Kirchen, NGO etc. hätte wesentlich deutlicher machen können, dass ein Dialog erwünscht ist. Dialog setzt Kenntnis voraus – diese sollte aber nicht einseitig vermittelt werden.

Den deutschen Teilnehmern hätten tschechische Referenten darüber hinaus einen – z.T. von ihnen auch geforderten – Einblick in die tschechischen Gegebenheiten geliefert. Dass ein solcher notwendig ist, bezeugen auch einige uninformierte Empfehlungen deutscher Referenten, die wenig mit den Gegebenheiten im Nachbarland korrespondieren. Letzteres ist ein deutliches Indiz dafür, dass dem Briefing der deutschen Referenten von Seiten der Organisatoren wesentlich mehr Augenmerk geschenkt werden muss. Sicher ist dies auch eine Frage der verfügbaren Ressourcen. Jedoch ist eine inhaltliche Vorbereitung der deutschen Referenten über Basisdaten zu den Gegebenheiten im Gastland eine zentrale Vorbedingung, um nur diejenigen Erfahrungen zu kommunizieren, die im Gastland überhaupt Sinn machen! Vorschnelle Empfehlungen auf der einen und Animositäten aufgrund eines Gefühls des „Belehrtwerdens“ auf der anderen Seite können so reduziert werden.

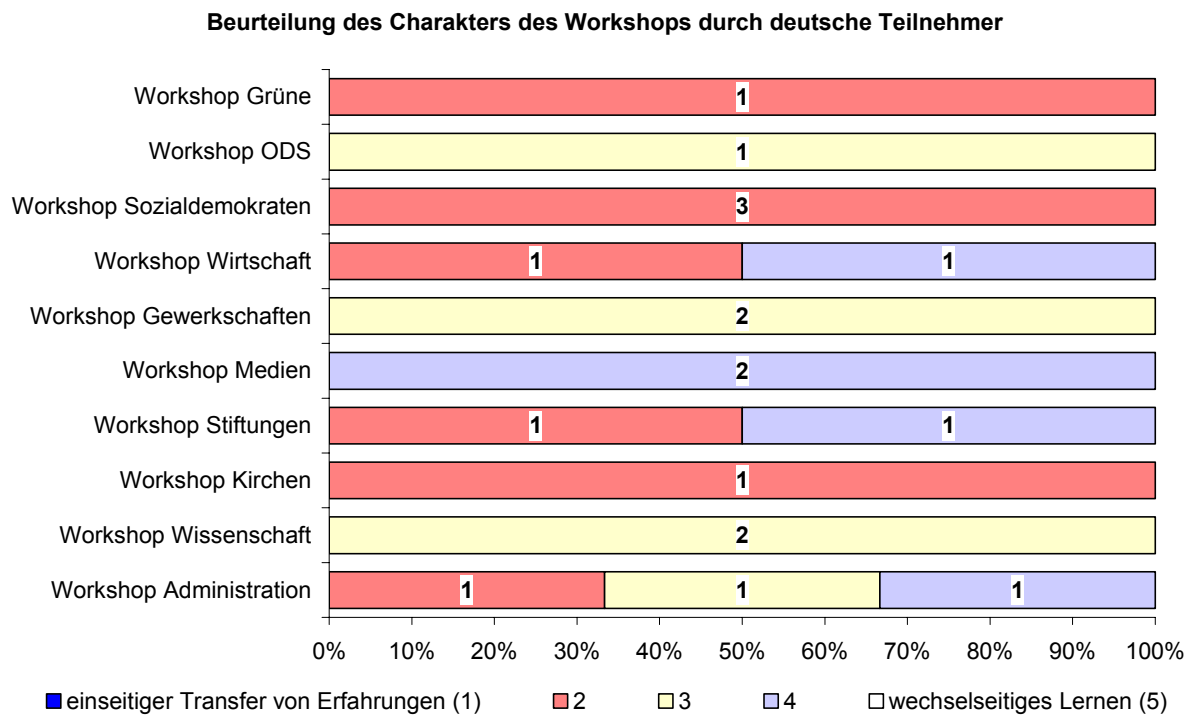
Vor dem Hintergrund eigener Arbeiten zum Transfer von Umweltpolitik im Kontext der EU-Osterweiterung und dessen Wahrnehmungen in Polen als einseitigen Prozess des Politiktransfers (Tews 1999; 2002), enthielt der Fragebogen eine Aufforderung, den Charakter des Workshops entlang einer 5-stufigen Skala mit den Polen „einseitiger Transfer“ und „wechselseitiges Lernen“ zu bewerten: Folgende Einschätzungen wurden gegeben:

Abb. 6: Charakter des Workshops – Einschätzung tschechischer Teilnehmer



Die tschechischen Teilnehmer charakterisieren nur zwei der Workshops deutlich als eine Veranstaltung, die vom Prinzip des wechselseitigen Lernens getragen ist (Abb. 6). Dies betrifft den Workshop mit Vertretern der Wissenschaft und – weniger deutlich – den Workshop mit Vertretern der staatlichen Verwaltung. Die tschechischen Teilnehmer dieser beiden Workshops waren alle als Experten in Sachen Ökosteuer geladen, konnten sich an der Diskussion also inhaltlich kompetent beteiligen. Anders als in den anderen Veranstaltungen gab es bei diesen Workshops auch Vorträge von tschechischen Teilnehmern. Dennoch gelang es auch bei dem Workshop mit Verwaltungsakteuren der Mehrheit nicht, diese Frage klar zu beantworten (Skalenwert 3). Deutlich als einen einseitigen Transfer von Erfahrungen charakterisierten die Vertreter der Kirchen und der Grünen ihren jeweiligen Workshop. Auch die Vertreter tschechischer Medien und Stiftungen, der Sozialdemokratie und der rechtliberalen Bürgerpartei (ODS) tendieren leicht zur Charakterisierung des Workshops als eine einseitige Informationsveranstaltung (insbesondere vor dem Hintergrund, dass Skalenwert 3 letztlich keiner Position entspricht). Durch die deutschen Referenten wird diese Charakterisierung bei den Workshops mit Vertretern der Grünen, Sozialdemokraten und Kirchen bestätigt. Zwei gravierende Unterschiede gibt es allerdings: So wurde der Workshop mit Vertretern der Medien von den beiden deutschen Referenten im Gegensatz zu den tschechischen Teilnehmern eher als ein wechselseitiges Lernen charakterisiert. Der von tschechischer Seite klar als wechselseitiges Lernen charakterisierte Workshop mit Wissenschaftlern wurde dagegen als ambivalent bewertet (Abb. 7).

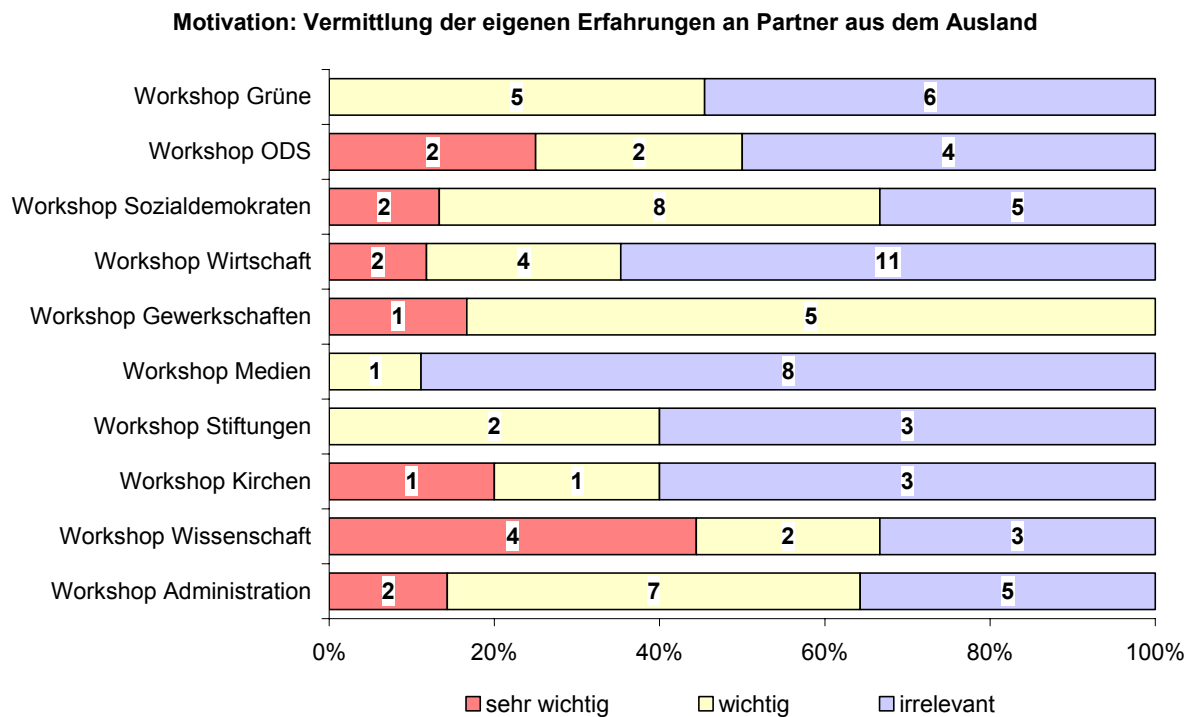
Abb. 7: Charakter des Workshops – Einschätzung deutscher Teilnehmer



Ad. 3) *Antwort- und Diskussionsverhalten deuten darauf hin, dass von tschechischer Seite eher ein Informationstransfer als ein Diskurs mit den Deutschen gewünscht war.*

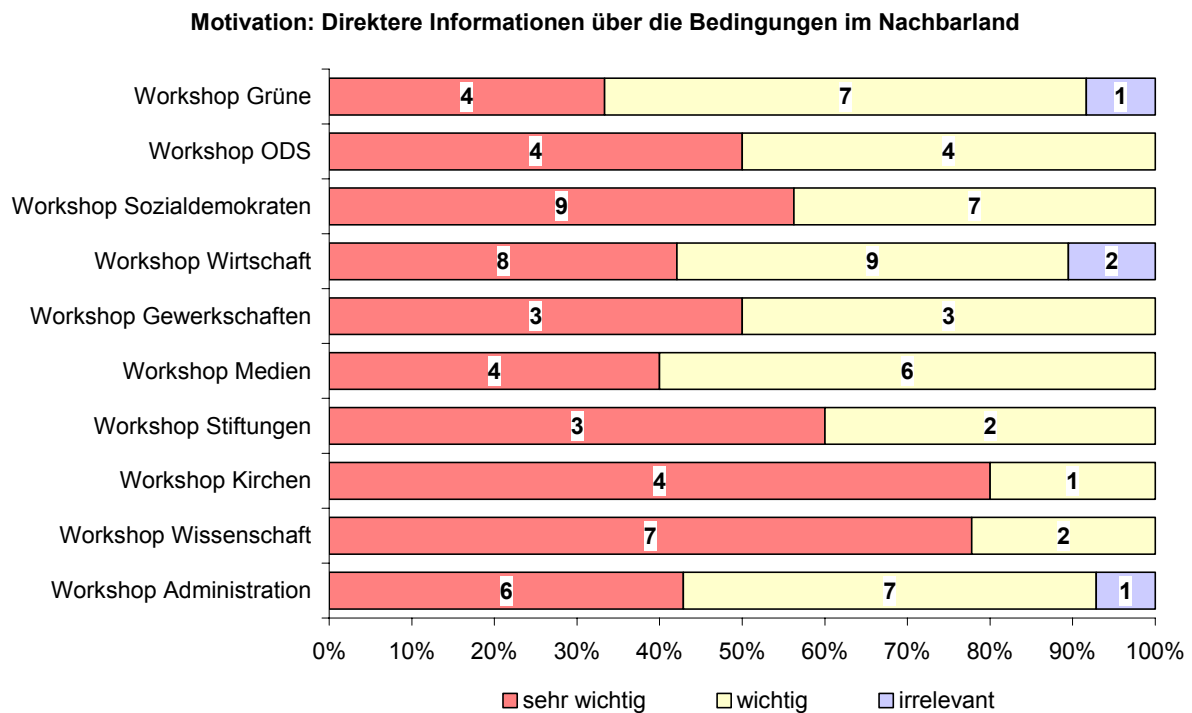
Ein funktionierender Diskurs ist vom Bemühen um ein wechselseitiges Verständnis getragen. Daher ist es doch bemerkenswert, dass das Motiv, die eigenen Erfahrungen mit den Partnern aus dem Ausland zu diskutieren, bei einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von tschechischen Teilnehmern keine Rolle für ihre Entscheidung spielte, an dem Workshop teilzunehmen. Bei einer Minderheit spielte es eine sehr wichtige Rolle (Abb. 8). Natürlich ergibt sich daraus die Frage, ob durch die Teilnehmer eher Informationen gesucht wurden, als eine Diskussion. Tatsächlich wurden auch einige Veranstaltungen durch den tschechischen Projektpartner als Seminare angekündigt. Darüber hinaus ist zu fragen, ob die tschechischen Partner bei ihrem Teil der Organisation des Workshops und der Rekrutierung der Teilnehmer nicht zu schnell darauf verzichtet haben, kompetente tschechische Referenten in das Programm zu integrieren. Eine Fokussierung der Workshops auf konkretere zielgruppenspezifische Interessen- und Problemlagen in Tschechien hätte den Informationscharakter relativiert und sich zu Gunsten eines dialogorientierten Workshopscharakters ausgewirkt.

Abb. 8: Motivation tschechischer Teilnehmer: eigene Erfahrungen vermitteln



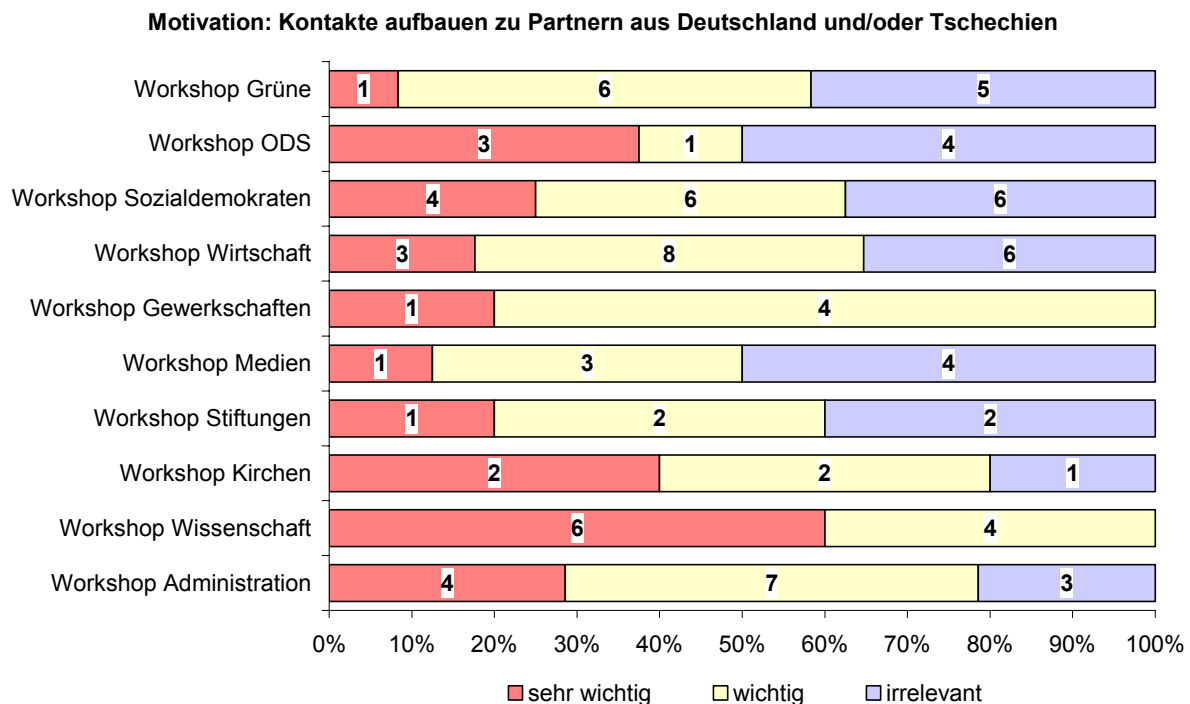
Das Motiv, im Workshop mehr Informationen zu erhalten, war unter allen erfragten persönlichen Motivationen dann auch das deutlichste (Vgl. Abb. 9).

Abb. 9: Motivation tschechischer Teilnehmer: mehr Informationen



Auch das Motiv, Kontakte mit Partnern aus dem Nachbar- und dem eigenen Land zu knüpfen, war – wenn auch vorhanden – weniger stark ausgeprägt als das Streben nach Informationen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Workshopserie initiiert wurde, um die Netzwerkbildung zu forcieren, ist ein Anteil von 20-50 Prozent der tschechischen Teilnehmer, die eine Kontaktabahnung als irrelevant ansehen, bedenklich und deutet auch auf Defizite bei der Kommunikation des Anliegens dieser Workshops während der Rekrutierung der tschechischen Teilnehmer (Vgl. Abb. 10).

Abb. 10: Motivation tschechischer Teilnehmer: Kontakte knüpfen



Ad. 4) *Probleme der interkulturellen Kommunikation sind in bilateralen Kommunikationsprozessen zu berücksichtigen.*

Interkulturelle Unterschiede sind für die Deutsch-Tschechische Zusammenarbeit bereits beschrieben worden (vgl. Schroll-Machl 2001; Schroll-Machl & Novy 2003, 2004)⁵.

⁵ „Kulturstandards beschreiben Charakteristika auf einem abstrahierten und generalisierten Niveau. Sie beziehen sich auf die einer Nation gemeinsamen Elemente. Sie haben ihre Wurzeln in historischen Erfahrungen eines Volkes, denn sie sind aus bestimmten Notwendigkeiten einer oder mehrerer Epochen entstanden und stellen sinnvolle Antworten und eine aktive Verarbeitung dieser Anforderungen auf kollektiver Ebene dar. Sie wurden überliefert, liegen als gesellschaftliche Wert- und Verhaltensmuster bereit und nehmen dann im Rahmen der jeweiligen Erfordernisse Gestalt an. Diese Kulturstandards haben ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile. Ihnen verdanken wir unsere Erfolge, sie sind aber auch selbst aufgestellte Fettnäpfchen und Fallstricke.“ (Schroll-Machl 2004).

Im Bulletin der Deutsch-Tschechischen Handelskammer „PLUS“ erschien im Jahr 2004 ein ganze Reihe unter dem Titel „Verstehen und Verstanden werden. Tschechen und Deutsche im Berufsleben“, die diese Kulturunterschiede thematisiert, die in der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen regelmäßig auftauchen.

Möglicherweise erklären diese Unterschiede einen Teil der tschechischen Zurückhaltung bei der Diskussion mit den Referenten. Die folgende Argumentation stellt nur einen Versuch dar, die auffällige Zurückhaltung der tschechischen Teilnehmer vor dem Hintergrund einiger dieser kulturellen Standards zu interpretieren:

Obwohl der Raum für Diskussionen im Rahmen des Workshops gegeben war und einige deutsche Referenten explizit ihr Interesse an den Erfahrungen und Meinungen der tschechischen Teilnehmer bekundeten, wurde diese Möglichkeit der Meinungsäußerung nur sehr begrenzt genutzt. Drei der von Sylvia Schroll-Machl und Ivan Novy beschriebenen Kulturmuster (2004) bieten sich zur Interpretation an.

1. *Skepsis gegenüber Strukturen*: die Autoren beschreiben, dass Tschechen gegenüber Strukturen in Form detaillierter Pläne, Verfahren oder Rollenvorgaben äußerst skeptisch verhalten, insbesondere wenn diese von außen vorgegeben werden. Wenn darüber hinaus eine persönliche Atmosphäre fehlt, reagieren Tschechen häufig sehr verhalten, da die Sachebene in der interpersonalen Interaktion immer an zweiter Stelle rangiert. D.h. die klare Vorgabe, jetzt zu diskutieren, gepaart mit der deutlichen Sachbezogenheit und der konzeptionellen Rollenvorgabe, könnten dafür verantwortlich sein, dass sich die tschechischen Partner nicht ermutigt oder gewillt sahen, an der Diskussion zu partizipieren. Tschechische Partner, so Schroll-Machl und Novy, äußern sich explizit häufig nur „bei zufälligen Begegnungen, bei informellen Kontakten, in einem inoffiziellen Rahmen...“ (ebd.).
2. *Kommunikationsstil*: Die Autoren beschreiben den tschechischen Kommunikationsstil als einerseits indirekt: Sie sagen nicht unbedingt, was sie meinen. Das heißt andererseits aber auch, dass dieser Kommunikationsstil implizit ist: Sie meinen also häufig auch mehr als sie sagen. Tatsächlich kann hier einer der Unterschiede zwischen Deutschen und Tschechen liegen, der für eine als Diskurs geplante Veranstaltung am relevantesten ist. Vielleicht haben wir uns nicht verstanden, weil die deutschen Referenten und Organisatoren des Workshops bestimmte Äußerungen gar nicht als sachbezogene Diskussionsbeiträge wahrgenommen haben oder zu wenig darauf eingegangen sind?!

„Sie begnügen sich somit an vielen Stellen mit Andeutungen, Hinweisen, nonverbalen Signalen oder reden ‚drumrum‘, ... Dabei nehmen sie an, dass der andere ihre Aussagen selbstverständlich versteht...“ (Schroll-Machl & Novy 2004)

3. *Konfliktvermeidungsverhalten*: Während der deutsche Kommunikationsstil als direkt und z.T. konfrontativ beschrieben wird, weil gern und oft diskutiert wird (ebd.), verursacht das für die Tschechen beschriebene Konfliktvermeidungsverhalten, dass sie „nicht (hart) diskutieren und Probleme besprechen könnten“ (ebd.):

„Konfliktpotential besteht für sie darin, eine eigene Meinung zu äußern, zu widersprechen oder nein zu sagen, Feedback zu bekommen oder zu geben, zu kritisieren und Problem zu analysieren“ (Schroll-Machl 2004, Teil 7 der Plus-Serie).

Diese Annahmen sind alle auf einem sehr generalisierenden Niveau. Insbesondere bei den tschechischen Projektpartnern gab es wenig Anlass, sich mit diesen Unterschieden auseinanderzusetzen. Allerdings existieren zwischen den Projektpartnern auch persönliche Beziehungen und häufige Kontakte im informellen Rahmen. Für bilaterale Dialogveranstaltungen sind solche Unterschiede jedoch zu berücksichtigen, da sie den Dialog prägen werden. Von den Projektorganisatoren ist daher ein hohes Maß an Sensibilität verlangt sowohl in der Vorbereitung der Referenten als auch in der strukturellen Organisation und Planung der Veranstaltung.

5.3.2 Positionen der tschechischen Teilnehmer zur Ökologischen Steuerreform in ihrem Land

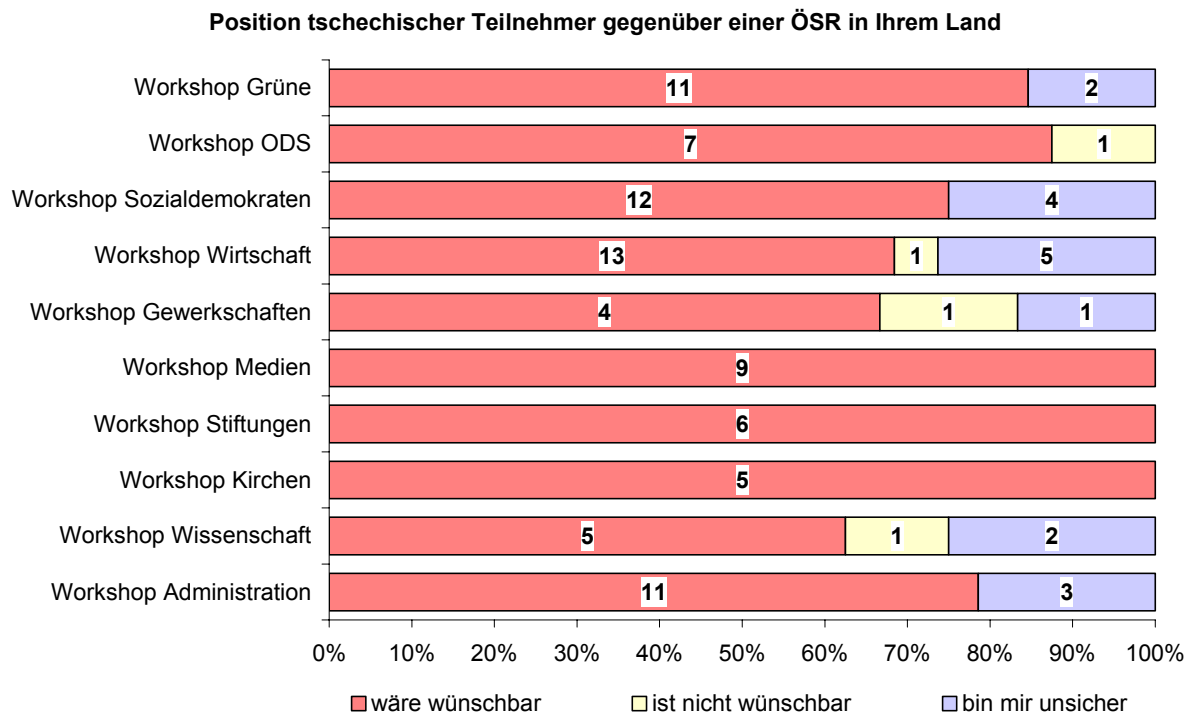
Zunächst werden die Ergebnisse der Fragebogenanalyse dargestellt: Die Teilnehmer wurde gefragt, ob sich die ökologische Steuerreform für wünsch- und machbar hielten.

In einem zweiten Schritt werden die Kernthemen der – wenn auch häufig sehr knappen – Diskussionen der Workshops zusammengefasst, um mögliche Probleme und Konfliktlinien, die sich in den kommenden Monaten der Diskussion des Vorhabens offenbaren könnten, zu skizzieren.

Nur vier Teilnehmer äußern sich explizit als Gegner einer ÖSR in Tschechien, ein Gewerkschafter, ein Wirtschaftsvertreter, ein Vertreter der Wissenschaft und eine Vertreterin eines der ODS nahe stehenden Forschungsinstituts. Die Mehrheit befürwortet eine ökologische Steuerreform. Ob diese Wünschbarkeit auf informierter Überzeugung vom Sinn einer ÖSR und von deren Kosten und Nutzen beruht oder auf Unkenntnis, konnte weder durch den Fragebogen noch durch die Beobachtung der Diskussionen geklärt werden. Bedenklich stimmt allerdings eine Äußerung von Martin Bursik auf einem der ersten Workshops zur Qualität der dominierenden Pro-Ökosteuereinstellung:

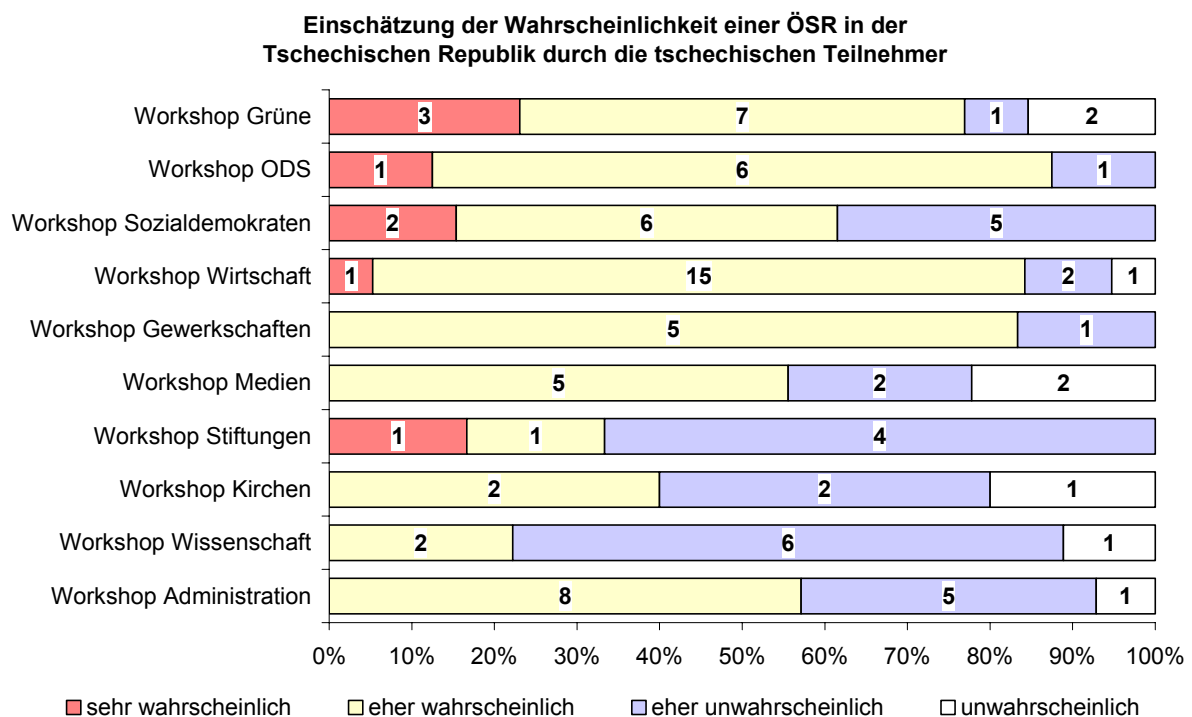
„In Tschechien hatten wir keine 20 jährige gesellschaftliche Debatte wie in Deutschland, weswegen sich heute alle einig sind, da keiner weiß, worum es geht. Auch die Industrie ist noch nicht beunruhigt, da noch nichts geschehen ist...“ (Martin Bursik sinngemäß zitiert aus dem Diskussionsprotokoll zum Workshop mit Vertretern der Wissenschaft am 25.04. 2003).

Abb. 11: Wünschbarkeit einer ÖSR in Tschechien



Halten sie eine ÖSR auch in ihrem Land für politisch durchsetzbar? Dazu wurde die tschechischen Teilnehmer gefragt, inwiefern sie die Einführung der ÖSR in der näheren Zukunft (bis zu 3 Jahren) für wahrscheinlich halten.

Abb. 12: Einschätzung der Durchsetzbarkeit der ÖSR in Tschechien



Während bei Vertretern der Wissenschaft, der tschechischen Kirchen und der Stiftungen Skepsis dominiert über eine tatsächliche Umsetzung des Regierungsvorhabens, sind insbesondere Vertreter der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der tschechischen Sozialdemokratie, der ODS und der Grünen überzeugt, dass die ÖSR in Tschechien eingeführt wird. Bei Vertretern der Medien und der staatlichen Verwaltung ist keine deutliche Tendenz zu erkennen.

Um zu skizzieren, welche Probleme und Konflikte bei einer möglichen gesellschaftlichen oder politischen Debatte auftreten können, werden die von tschechischen Teilnehmern eingebrachten Fragen und Diskussionsbeiträge schwerpunktmäßig zusammengefasst.

1. Kommunikationserfordernisse
2. Auswirkung einer ÖSR
3. Finanznot gesellschaftlicher Gruppen, einen ÖSR-Diskurs einzuleiten

Ad. 1) Kommunikationserfordernisse

Die zentrale Fragestellung, die sich durch alle Workshops zog, war jene nach der Kommunikation dieser politischen Maßnahmen in der Gesellschaft. Dabei wurde von den Teilnehmern zunächst häufig die Frage an unsere tschechischen Partner gestellt, warum es bisher keine öffentlich sichtbare Diskussion darüber gäbe. Als zweites wurde die Frage thematisiert, wie eine solche Maßnahme in der Gesellschaft zu popularisieren wäre, vor dem Hintergrund einer geringen Wahrnehmung des Klimaproblems und der geringen gesellschaftlichen Bedeutung von Umwelt-NGOs. Eine Vertreterin des tschechischen Umweltministeriums beklagte, dass Informationen zum Thema ÖSR in Tschechien nicht über eine kleine Fach- und Ökogemeinde hinaus in die Öffentlichkeit dringen. Erforderlich wäre eine allgemeine Pressearbeit (aus dem Diskussionsprotokoll des Workshops mit Vertretern der Medien). Einen dritten Aspekt bildete die Frage nach der Kommunikation innerhalb der politischen Eliten. Dabei wurde insbesondere gefragt, wie andere politische Parteien, insbesondere die rechtliberale ODS diesem Regierungsvorhaben gegenüber stünde. Diese Frage war vor dem Hintergrund der Wahlen zum Parlament im Juni 2006 von ausschlaggebender Bedeutung. Die Regierungsbeteiligung der Grünen an der durch die ODS angeführten Dreierkoalition und deren Programmklärung legen nahe, dass etwaige Widerstände der ODS gegenüber einer ÖSR in Tschechien nicht als unüberwindlich betrachtet werden müssen.

Ad. 2) Auswirkungen einer ÖSR

Einen zweiten zentralen Schwerpunkt bildeten Fragen nach den sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer ÖSR. Die deutschen Referenten wurden häufig gebeten, genaue Angaben darüber zu machen, wie viele Arbeitsplätze durch die deutsche Öko-

steuer geschaffen wurden. Insbesondere die Vertreter der tschechischen Gewerkschaften diskutierten die sozialen Auswirkungen einer Besteuerung von Energieträgern unter dem Gerechtigkeitsaspekt. Eine Reduzierung der steuerlichen Belastungen von Arbeitnehmern/-gebern als Ausgleich für eine höhere Besteuerung umweltschädigender Aktivitäten würde insbesondere sozial Schwache, wie Rentner und Arbeitslose unverhältnismäßig belasten: „Wo keine Steuern fließen, kann es auch keinen Rückfluss geben“ (Aussage eines Gewerkschaftlers auf dem Workshop mit Vertretern von Gewerkschaften). Darüber hinaus thematisierten gerade die Vertreter der Gewerkschaften die Frage, inwiefern ein Anreizsystem zum Energiesparen bei der Bevölkerung greifen soll, die überwiegend nicht in der Lage wäre, ihre Energiekosten individuell zu kontrollieren. Fehlende Kostenzähler für Heizung und Warmwasser pro Wohneinheit würden verhindern, Energiesparen als individuell rational zu betrachten.

Einen weiteren Fokus bildeten Fragen nach den Folgen der Lenkungswirkung einer ökologischen Steuerreform. Ein Vertreter des tschechischen Finanzministeriums begründete seine Skepsis gegenüber einer ÖSR damit, dass der durch sie gesetzte Anreiz, weniger oder saubere Energie zu nutzen, die Staatseinnahmen sinken lassen würde. „Daran haben wir kein Interesse“ (aus dem Diskussionsprotokoll auf dem Workshop mit Vertretern der staatlichen Administration). Diese Frage beschäftigte aber auch andere, weniger skeptische Teilnehmer verschiedener Workshops. Darüber hinaus erachtete das tschechische Arbeits- und Sozialministerium eine Senkung der Lohnnebenkosten angesichts einer alternden Bevölkerung für schwierig (aus dem Diskussionsprotokoll des Workshops mit Vertretern der staatlichen Verwaltung).

Insbesondere bei dem Workshop mit Wirtschaftsakteuren wurden wettbewerbliche Nachteile höherer nationaler Energiesteuern in einer globalisierten Ökonomie ange-rissen. So wurde dort von einigen Vertretern postuliert, dass global einheitliche Lösungen, den Lösungen auf nationaler und EU-Ebene vorzuziehen wären. Wenn Staaten wie die USA, China oder Russland nichts für den Klimaschutz täten, warum sollte das kleine Tschechien.

Ad. 3) Finanznot gesellschaftlicher Gruppen

Ein dritter Schwerpunkt zeichnete sich insbesondere bei der Diskussion unter den Vertretern von NGOs und Stiftungen ab, unter Akteuren also, die einen gesellschaftlichen Diskurs einleiten, tragen oder unterstützen könnten: Wie sollen diesbezügliche Aktivitäten finanziert werden? Tschechische NGOs verfügen kaum über eigene Mittel. Viele Aktivitäten seien durch ausländische Geber finanziert und damit auch zweckgebunden. Stiftungen selbst können laut ihrer Darstellung keinen eigenen Verbreitungsaktivitäten zur Einleitung eines Diskurses entfalten, wie etwa Workshops, Infoseminare etc., weil dies zu den Verwaltungsaufgaben zähle, die laut Satzung so gering wie

möglich zu halten sind. An die Adresse der deutschen Teilnehmer von Stiftungen und NGOs wurde somit implizit aber auch deutlich explizit appelliert, finanzielle und fachliche Hilfestellung zu leisten.

Ein Teil dieser Argumentationen korrespondiert deutlich mit bekannten Argumentationsmustern in der Debatte um die deutsche Ökosteuer. Hier wurden im Rahmen der Workshops Anregungen von deutschen Teilnehmern gegeben, wie solchen Argumentationen überzeugend entgegengetreten werden kann. Andere Probleme unterscheiden sich jedoch deutlich von denen in Deutschland. Hier sind die tschechischen Akteure gezwungen, ihre eigenen Lösungen und Diskursansätze zu finden. Dies kann in Prozessen wechselseitigen Austausches mit Partner aus dem Ausland geschehen. Wesentlich ist jedoch eine Mobilisierung von möglichen Unterstützern einer ÖSR in Tschechien selbst. Die Workshopserie war ein erster Schritt von vielen, die noch notwendig sind, diese Partner zu identifizieren und zu aktivieren.

6 Zusammenfassung

Tschechien wird neue Energiesteuern einführen. Nicht nur die EU verlangt dies, auch innerhalb Tschechiens gibt es Protagonisten für eine klimapolitisch motivierte höhere Energiebesteuerung. Deren Einbettung in eine ökologische Steuerreform stand auf der politischen Agenda der letzten tschechischen Regierung, konzeptionelle Arbeiten zum tschechischen Modell liegen vor. Die erst im Januar 2007 beendete 7-monatige Regierungskrise nach den Parlamentswahlen im Juni 2006 verhinderte bisher weitere Schritte.

Die aktuell veröffentlichte Regierungserklärung der schwarz-grünen Dreierkoalition sieht die Einführung einer ökologischen Steuerreform ab dem 1.1. 2008 in zwei Schritten vor. Ob dem ersten Schritt – die Einführung von Mindestenergiesteuern nach den Erfordernissen der EU-Direktive –, der für das Jahr 2010 anvisierte zweite Schritt – die Einführung einer aufkommensneutralen CO₂-Steuer – folgen wird, ist nicht nur eine Frage der Überlebensdauer dieser sehr fragilen Regierung, sondern vor allem eine Frage, ob es gelingt, auch in der tschechischen Gesellschaft eine Wahrnehmung der Vorteile und der Notwendigkeit einer solchen Steuerreform zu erzeugen, um die Regierung hier in die Verantwortung zu nehmen.

Denn öffentlich ist eine ÖSR in Tschechien kaum kommuniziert. Das hier untersuchte Dialogprojekt zwischen deutschen und tschechischen Stakeholder wollte dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Erfolgs des breiten gesellschaftlichen Bündnisses in Deutschland beim politischen Marketing dieser Innovation scheint ein zielgruppenfokussiertes und auf Diskurs setzendes bilatera-

les Workshopkonzept geeignet, Erfahrungen zu transferieren und Multiplikatoren zu aktivieren.

Um von einem Pilotvorhaben zu einem Mustervorhaben für andere mittel- und osteuropäische Länder, in denen eine ÖSR angedacht ist, werden zu können, sind die Erfahrungen aus diesem Projekt in die Konzeption zukünftiger bilateraler Dialogprojekte einzubeziehen:

- a. Konzeptionelle Klärung des Workshopcharakters: Informationsveranstaltung oder Diskursansatz, je nach Entscheidung müssen Fragestellungen angepasst und gegebenenfalls spezifiziert werden.
- b. Implizite Rollenverteilung vermeiden: Experten gibt es auch im importierenden Land! Bei der Auswahl der Referenten auf Parität achten.
- c. Übertragbarkeit von Argumenten und Erfahrungen prüfen. Dies setzt Kenntnisse der Gegebenheiten im Nachbarland voraus. An die Organisatoren stellt es hohe Anforderung in Bezug auf das Briefing der Referenten!
- d. Interkulturelle Unterschiede beachten. Diese werden die Zusammenarbeit und Diskussion prägen.
- e. Begleitende unmittelbare Evaluation und Einsatz von Feed-back-Instrumenten während gesamten Projektlaufzeit und nicht erst ex post.

Dies alles kann nur in einer engen, offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Organisatoren auf beiden Seiten stattfinden – auch hier wäre gut gemeinte Einseitigkeit implizit Hegemonie.

Literatur

- Barde, Jean-Philippe (2000): *Green Tax Reforms in OECD Countries: An Overview*. Paper prepared for the International Conference "Supporting A Sustainable Future: Making Dollars and Sense", December 11-13 2000 in Vancouver, Canada.
- Fagin, Adam (2000): Environmental protest in the Czech Republic: Three stages of post-communist development. *Czech Sociological Review* 8,2: 139-56.
- Fagin, Adam & Jehlicka, Petr (2001): *The impact of EU assistance on Czech environmental movement capacity since 1990*. Paper presented at the workshop "Environmental challenges of EU Eastern enlargement", Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute, Florenz, 25-26 May 2001:
- Glinski, Piotr (1996): *Polscy Zieloni. Ruch społeczny w okresie przemian*. Warszawa.
- Granovetter, Mark (1973): The strength of weak ties. *American Journal of Sociology* 78: 1360-1380.
- IEA (2000): *Dealing with Climate Change. Policies and Measures in IEA member countries*. Paris: OECD/IEA.
- Kingdon, John w. (2003): *Agendas, Alternatives and Public Policies*. New York: Longman.

- OECD (1993): *A Comparison of Carbon Taxes in Selected OECD Countries. OECD Environmental Monographs, No. 78. OECD/GD(93)120*. Paris: OECD.
- OECD (1997): *Economic/Fiscal Instruments: Taxation (i.e. Carbon/Energy). Working Paper No 4 of the Annex I Expert Group on the United Nations Framework Convention on Climate Change*. Paris: OECD.
- Reiche, Danyel T. & Krebs, Carsten (1999): *Der Einstieg in die Ökologische Steuerreform. Aufstieg, Restriktionen und Durchsetzung eines umweltpolitischen Themas*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Schroll-Machl, Sylvia (2001): *Businesskontakte zwischen Deutschen und Tschechen. Kulturunterschiede in der Wirtschaftszusammenarbeit*. Sternenfels: Wissenschaft und Praxis.
- Schroll-Machl, Sylvia (2004): Verstehen und Verstanden werden. Tschechen und Deutsche im Berufsleben. Teil 4. *Plus. Zeitschrift der Deutsch-Tschechischen Handelskammer*, Juni.
- Schroll-Machl, Sylvia & Novy, Ivan (2003): *Perfekt geplant oder genial improvisiert?* Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Schroll-Machl, Sylvia & Novy, Ivan (2004): Verstehen und Verstanden werden. Tschechen und Deutsche im Berufsleben. Teil 3. *Plus. Zeitschrift der Deutsch-Tschechischen Handelskammer*, April.
- Teir, Gustav (1999): (Environmental) Energy Taxes: The Experience of Finland. In: Anonymous, *Environmental Taxes. Recent Developments in China and OECD Countries*. Paris: OECD, 303 - 308.
- Tews, Kerstin (1999): EU-Erweiterung und Umweltschutz. Umweltpolitische Koordination zwischen EU und Polen. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Tews, Kerstin (2002): Politiktransfer: Phänomen zwischen Policy-Lernen und Oktroi. Überlegungen zu unfreiwilligen Umweltpolitikimporten am Beispiel der EU-Osterweiterung. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 25,2: 173-201.
- Tews, Kerstin (2005a): Die Ausbreitung von Energie/CO₂-Steuern. Internationale Stimuli und nationale Restriktionen. In: Kerstin Tews & Martin Jänicke (Hg.), *Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen im internationalen System*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 257 - 300.
- Tews, Kerstin (2005b): Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen. Eckpunkte eines Analysemodells. In: Kerstin Tews & Martin Jänicke (Hg.), *Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen im internationalen System*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25 - 54.